

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 • 82323 Tutzing • Telefon 08158/256-0 • Fax 08158/256-14+51
 Internet: <http://www.apb-tutzing.de> • E-mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de



Fremder Freund USA

Gegenwart und Zukunft des deutsch-amerikanischen Verhältnisses sowie die Kriegspolitik und -macht des amtierenden US-Präsidenten Bush standen im Mittelpunkt zweier Tagungen. Prominent besetzte Vorträge und Podien mit deutschen und amerikanischen Experten aus Politik, Wissenschaft und Journalismus sorgten für kontroverse Meinungen und Diskussionen.

Seite 3-7



Karikatur: Mester

Kleine Schritte gegen rechte Tritte

Die Bilder des „Aufstands der Anständigen“ im Jahr 2000 prägten das Bild vom Kampf gegen Neonazismus: Lichterketten, Mahnwachen und viele spontane Aktionen zwischen Flensburg und Berchtesgaden. Staatliche Programme und private Initiativen entstanden. Drei Jahre später plagen viele dieser Initiativen gegen Gewalt und Intoleranz existentielle Sorgen. Anlass genug, diesem Thema in einer Workshop-Tagung nachzugehen.

Seite 24-26

Politik ohne Kompetenz?

Der doppelte Kompetenzschwund in der Politik wird häufig beschrieben: einerseits fehlt es an autonomen Entscheidungsmöglichkeiten, andererseits wird die sinkende Qualität und mangelnde Eignung des politischen Personals beklagt. Prof. Hans-Otto Mühlleisen konzentrierte sich in seinem Vortrag auf die Defizite bei der Rekrutierung der politischen Elite.

Seite 15-18

Christlicher Club Europa?

Die EU wird am 1. Mai 2004 um 10 Mitglieder größer. Doch welche Werte – alte oder neue – sollen in diesen neuen Grenzen gelten? Und welchen Platz hat die Türkei darin? Aktuelle und kontroverse Themen gab es genug auf einer Tagung in Regensburg, bei der unter



Der türkische Ex-Premier Mesut Yilmaz forderte: „Die Hinhaltetaktik muss ein Ende haben.“

anderen zwei Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments mit dem ehemaligen türkischen Premierminister Mesut Yilmaz diskutierten.

Praktische Probleme der EU-Erweiterung wie Arbeitsmarkt und Innere Sicherheit beschäftigten Journalisten aus Tschechien, Österreich und Deutschland. Auf einem Seminar im Passauer Dreiländereck informierten sie sich aus erster Hand über Chancen, Herausforderungen und Probleme in den Grenzregionen.

Seite 10-13

Inhaltsverzeichnis

Die USA – ein fremder Freund?	3	Direktor der Akademie: Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter
Welche Rolle spielen die USA in der Welt?	7	Vorsitzender des Kuratoriums: Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans Maier
Kritisches zur Kriegs-Macht des US-Präsidenten	8	Vorsitzender des Beirats: Siegfried Kett
Neue Grenzen – alte Werte?	10	Kollegium: Klaus Grosch Internat. Politik, Landeskunde, Sozialpolitik und -arbeit, Erwachsenenbildung
Nur Vorwärts- und Anpassungsstrategien helfen weiter	14	Prof. Dr. Peter Hampe , Dozent Wirtschafts- und Sozialpolitik, Politische Bildung
Politik ohne Kompetenz?	15	Saskia Hieber Internationale Politik
Defizite der Professionalisierung von Politik	16	PD Dr. Michael Piazolo , Dozent Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik
Schröders „Basta-Politik“ und das „dreckige Abweichlerdutzend“	19	Dr. Michael Schröder , Dozent Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit
Politische Reform in der Demokratie	21	Dr. Manfred Schwarzmeier Pers. Referent des Direktors Parlamentarismus- und Parteienforschung
<i>Politische Bildung:</i> Vor dem Aus oder dem entscheidenden Neuanfang?	22	Dr. Jürgen Weber , Dozent Politikwissenschaft, Zeitgeschichte
Kleine Schritte gegen rechte Tritte?	24	Karl-Heinz Willenborg Gesellschaft und Umwelt, Sozialpolitik und -arbeit
Schreibwerkstatt mit Lutz Rathenow	26	Miriam Wolf Ethik und Politik
<i>Bildungspolitik:</i> Reformen nach dem Pisa-Schock	27	<i>Organisationsreferat:</i> Elke Leisching Dipl.-Betriebswirtin (VWA)
Nachgehakt und nachgefragt	29	
<i>Neu im Kollegium:</i> Herausforderung Internationale Politik	30	Akademie-Report Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82323 Tutzing Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14 Internet: http://www.apb-tutzing.de E-Mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Doppelte Kompetenz	31	Redaktion: Prof. Dr. Dr.hc. Heinrich Oberreuter (verantw.) Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung) Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus Druck: Offsetdruck Schwarz GmbH Rohrauerstraße 70 81477 München Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	32	
Jahresbibliografien 2003	35	
Zeitungsecho – Medienstimmen – Pressesplitter	37	
Themen – Tagungen – Termine	39	
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	44	

Die USA – ein fremder Freund?

Mit ihrer Irak-Politik sind die Amerikaner unfreiwillig – und mit Unterstützung des Bundeskanzlers – mitten in den deutschen Wahlkampf 2002 marschiert. Außenpolitik, so wurde den Deutschen plötzlich bewusst, ist angesichts schwindender staatlicher Souveränität inzwischen mehr als nur reine Kabinettsentscheidung plus Diplomatie. Mit einem durch die Fernsehanstalten direkt in die Wohnzimmer übertragenen Krieg nahmen Nähe und Betroffenheit exponentiell zu.

Vor über 100 Teilnehmern referierte Stefan Fröhlich (Universität Erlangen-Nürnberg) über die Traditionslinien und Denkschulen in der amerikanischen Außenpolitik. Er erläuterte, dass sich aus Theorien keine Maximen für die Außenpolitik ableiten ließen. Maßstäbe könnten nur aus ihrer Verbindung entwickelt werden. „Die amerikanische Außenpolitik ist eine Mischung aus idealistischen und realistischen Komponenten“, so Fröhlich. Als namhaften Vertreter der idealistischen Schule führte er den früheren Präsidenten Woodrow Wilson an, der der Auffassung war, die weltweite Verbreitung von Demokratie, Wohlstand und Gerechtigkeit sei nur zu erreichen, indem man selbst gestalterisch tätig werde. Dazu Fröhlich: „Wilson hat sich in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg aktiv für die Gründung des Völkerbundes engagiert, demgegenüber hat es aber auch die Vertreter einer passiven Strategie gegeben, die überzeugt waren, man solle die Errungenschaften der amerikanischen Demokratie bewahren und jeglichen Konfrontationen anderswo auf der Welt aus dem Weg gehen.“ Amerika solle dem Rest der Welt lediglich als „shining example“ dienen, an dem man sich orientieren möge. Für die realistische Schule nannte er Namen wie Morgenthau und Kissinger, deren Verständnis von Außen-

Weckten die Bilder der am 11. September 2001 infolge terroristischer Angriffe in sich zusammenbrechenden Türme des World Trade Center noch „uneingeschränkte Solidarität“, so wurde den Deutschen der „Freund USA“ mit den Angriffen auf Bagdad plötzlich fremd. Leben Deutsche, leben Europäer und Amerikaner vielleicht doch in unterschiedlichen Rechtstraditionen? Haben sich beide Kulturkreise unmerklich auseinander gelebt und sind die so lange für unerschütterlich ge-

haltenen transatlantischen Beziehungen brüchig geworden? Stehen wir gar vor einem neuen „amerikanischen“ Völkerrecht, das keine langfristigen Partner, sondern nur noch „coalitions of the willing“ kennt?

Zur Diskussion dieser Fragen – unter der Leitung von Michael Piazolo und Jürgen Weber – lud die Akademie zu einer Tagung ein, die auf sehr große Resonanz stieß. Auch das Bayerische Fernsehen berichtete in der „Rundschau“ über diese Veranstaltung.

politik in erster Linie von Macht und nationalen Interessenlagen geprägt gewesen sei. Grundsätzlich sei in der Vergangenheit von den jeweiligen



Stefan Fröhlich: „Gefahr eines moralischen Rigorismus zur Durchsetzung der eigenen Interessen“.

amerikanischen Regierungen sowohl die aktive als auch die passive Linie verfolgt worden. Der Nürnberger Politikwissenschaftler stellte fest, dass „der Unilateralismus der USA in militärischer Hinsicht stark ausgeprägt ist, während die amerikanische Bevölkerung eher dem Multilateralismus zugetan ist. Außerdem kann man derzeit

in der amerikanischen Regierung eine Verschmelzung der Ideen von Neokonservativen (Perle, Wolfowitz), die sich eher der Wilsonschen Traditionslinie verpflichtet fühlen, Unilateralisten (Cheney, Rumsfeld) und Multilateralisten (Powell, Rice) beobachten und dies ist in der Tat neu in der amerikanischen Politik. Die Frage ist, ob diese etwas eigentümliche Liaison auf Dauer Bestand haben kann. Es droht die Gefahr, in einen moralischen Rigorismus zur Durchsetzung der eigenen Interessen abzugleiten.“

Differenzierte Debatte

Auf die Frage, was man als Europäer, respektive Deutscher tun könne, um die Amerikaner heute besser zu verstehen, antwortete Fröhlich: „Man muss so schnell wie möglich von verletzten Eitelkeiten zu einer nüchternen und differenzierten Debatte mit Amerika zurückkommen. Dies setzt jedoch voraus, dass man sich in Europa zuerst einmal darüber klar wird, was überhaupt die Ziele einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sein sollen. Im Gegensatz zu Europa definiert die US-Regierung ihre außenpolitischen Interessen absolut nachvollziehbar und nicht zuletzt sind die amerikanischen Interessen auch europäische Interessen.“

Die USA und die transatlantischen Beziehungen waren auch das Thema von Peter Rudolf von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Er wies darauf hin, dass es die transatlantischen Beziehungen gar nicht gebe, sondern dass unterschieden werden müsse zwischen den Beziehungen der USA zu Großbritannien, zu Osteuropa oder zu Westeuropa. „In diesem Beziehungsgefüge gibt es das Grundproblem des Machtgefälles und des Vormachtsanspruchs der USA“, so Rudolf. „Militärisch“, stellte Rudolf fest, „haben die USA gegenüber Europa einen in kurzer Zeit kaum aufzuholenden Vorsprung, ökonomisch begnügt man sich mit einem System wechselseitiger Abschreckung, wie man zuletzt im „Stahlstreit“ zwischen der EU und den USA beobachten konnte. Ein weiteres Problem besteht darüber hinaus in der unterschiedlichen Wahrnehmung von Bedrohungen und vor allem der Umgang damit. Als Beispiele sind hier Kuba, das Verhältnis zum Iran und den anderen sogenannten „Schurkenstaaten“ zu nennen.“

Gemeinsames Interesse

Die größte Belastungsprobe der transatlantischen Beziehungen stelle momentan aber eindeutig der Irak-Krieg dar. Dazu Rudolf: „In Europa darf man nicht vergessen, dass der 11. September ein traumatisches Erlebnis für die amerikanische Nation war, welches eine neue strategische Anpassung nicht nur erforderte, sondern auch ermöglichte. Der Kampf gegen den Terrorismus wird aus amerikanischer Sicht als Chance gesehen, die großen Mächte zusammen zu bringen, da es sich um ein gemeinsames Interesse handelt. Ein Grundmotiv der Bush-Regierung ist zweifelsohne die Bewahrung der militärischen Stärke, in der Hoffnung, dass es nicht zu einer Gegenmachtbildung kommt, sondern im Gegenteil sich die Staaten um Amerika sammeln. Man will sich einerseits die eigene Handlungsfähigkeit bewahren, andererseits aber auch in die internationalen Organisationen eingebunden bleiben und diese, wo möglich zur Durchsetzung der eigenen Interessen nutzen.“ Und weiter: „Die militärische Ab-

schreckungsdoktrin funktioniert nur noch gegenüber Nordkorea, aber nicht gegenüber dem internationalen Terrorismus. Deshalb setzt man im Weißen Haus auf Präventivmaßnahmen und wie im Fall Irak auf ‚preemption‘.“

Abschließend merkte Rudolf an: „Der Nahe und Mittlere Osten wird auch in Zukunft das Zentrum der amerikanischen Außenpolitik bleiben. Die Fehlleistungen der Vergangenheit, nämlich das Stützen autokratischer Regime in dieser Region, ist von der Bush-Administration erkannt worden. Deshalb versucht man jetzt die schrittweise Demokratisierung des gesamten Nahen Ostens. Dieses Projekt wird die nächsten Jahrzehnte andauern und die Glaubwürdigkeit der USA wird daran gemessen werden, wie erfolgreich diese Politik betrieben wird.“

worden und wären bestimmt auch in ähnlicher Weise unter einem Präsidenten Al Gore formuliert worden. Die Überlegung, die der Entwicklung dieser Strategie vorausging, ist die Tatsache gewesen, dass die Abschreckungsdoktrin des Kalten Krieges angesichts des Golfkrieges von 1991, der Kriege im ehemaligen Jugoslawien und besonders seit den Anschlägen auf US-Botschaften in Kenia und Tansania nicht mehr wirksam auf diese neuen Herausforderungen reagieren kann. Der 11. September ist lediglich eine letzte Bestätigung dieser Erkenntnis gewesen.“

Über die Veränderungen in der strategischen Kooperation von Europa und USA sagte Campbell: „Neu ist, dass man seit den späten 90er Jahren nicht mehr gemeinsam über die strategischen Konzepte diskutiert, sondern in

Europa über den institutionellen Aufbau einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik redet, während in den USA vorwiegend inhaltlich diskutiert wird. Zum Beispiel: Was bedeutet es, wenn man auf den Aufbau einer „Missile Defense“ verzichtet. Die Europäer sind nicht bereit, mit den USA über solche inhaltlichen Fragen zu diskutieren und das hat aus meiner Sicht zwei Gründe: erstens hat man in Europa die Art und Weise, wie George W. Bush in das Präsidentenamt gekommen ist, von vornherein missbilligt und zweitens ist der anfängliche Ton und Stil der neuen Regierung wenig hilfreich gewesen.“ Ein Umstand, den auch viele Amerikaner so empfunden hätten.

Campbell stellte weiterhin fest: „Man kann sagen, dass die Bush-Administration in mancher Hinsicht sehr viel ehrlicher gewesen ist, als die Clinton-Regierung in den letzten Monaten ihrer Amtszeit. So hat man auf Seiten der Demokraten so getan, als würde es mit Al Gore im Weißen Haus eine Zustimmung zum Internationalen Strafgerichtshof und Kyoto-Protokoll geben,



Edwina Campbell: „Es wurde versäumt, Vorbehalte der Europäer abzubauen und transatlantische Beziehungen zu intensivieren“.

Keine neue Strategie

Die amerikanische Expertin für Sicherheitspolitik Edwina Campbell analysierte die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration. Sie wies darauf hin, dass diese Sicherheitsstrategie keineswegs so „neu“ sei, wie das in Europa teilweise wahrgenommen werde. Dazu Campbell: „Die drei Hauptthemen, nämlich der internationale Terrorismus, Massenvernichtungswaffen und die sogenannten „Schurkenstaaten“ sind bereits unter der Regierung Clinton zugrunde gelegt

wohlwissend, dass weder für das eine, noch das andere eine Zweidrittel-Mehrheit im Kongress zu erreichen gewesen wäre. Die Bush-Regierung hingegen hat von vornherein keinen Zweifel daran gelassen, dass sie diese beiden Vorhaben politisch nicht unterstützt und sie auch niemals durch den Kongress beschlossen werden würden. Trotzdem sind die ersten sechs Monate der Bush-Regierung verlorene Zeit gewesen. Man hätte versuchen müssen, die Vorbehalte der Europäer gegenüber der neuen Regierung abzubauen und die transatlantischen Beziehungen zu intensivieren.“

Missverständliche Töne

Über den 11. September sagte Campbell: „Als der 11. September kam, ist keine Zeit gewesen, abzuwarten. Amerika musste reagieren. Diese Position ist in Europa ebenfalls negativ aufgenommen worden, da man daran gewöhnt gewesen war, im Zentrum der US-Außenpolitik zu stehen und deshalb gerne gefragt worden wäre. Der Ton der US-Regierung hat hier wieder

meinsame Strategie in den 90er Jahren entwickelt habe. Die Referentin ließ keinen Zweifel daran, dass man zu den transatlantischen Beziehungen des Kalten Krieges zurückkehren könne. Die EU-Erweiterung werde auch keine Antwort bringen, eine Einigung sei aber keineswegs unmöglich: „Das Solana-Papier beschreibt die Bedrohungen der Zukunft in ziemlich ähnlicher Weise wie die Sicherheitsstrategie der US-Regierung“, so Campbell wörtlich. „Auf dieser Basis muss versucht werden, die gemeinsamen Interessen Europas und der USA zu finden. Ich habe aber die Befürchtung, dass Europa wenig bis gar kein Interesse daran hat, dies mit der gegenwärtigen Administration zu versuchen, sondern man im Gegenteil derzeit versucht, sich gegen die USA zu definieren und zu profilieren. Wenn Europa versucht, seine eigene Identität durch die Betonung der Unterschiede zu gewinnen, dann wird sich das natürlich als Problem für die transatlantischen Beziehungen erweisen.“

Campbell schloss mit dem Verweis darauf, dass das Problem der transat-

lantischen Beziehungen tiefer gehe und nicht an einem einzigen Außenpolitischen Problem wie dem Irak-Krieg festgemacht werden könne.



Matthew M. Rooney: „Wenn die UNO ernst genommen werden will, muss sie ihre Resolutionen wirksam durchsetzen.“

„Die Europäer wollen strategisch mitreden, aber sind unfähig militärisch zu agieren. Die Amerikaner wollen alleine entscheiden, Europa soll es aber politisch-strategisch mittragen.“

Edwina Campbell

eine Rolle gespielt. Eine von Al Gore geführte Regierung hätte wahrscheinlich die gleichen Entscheidungen treffen können, ohne auf derartige Widerstände in Europa zu treffen. Für mich persönlich ist aber nicht der 11. September der Wendepunkt in den transatlantischen Beziehungen gewesen, sondern bereits der Kosovo-Konflikt.“ Hier seien die unterschiedlichen Wahrnehmungen dieses und jenseits des Atlantiks offen zu Tage getreten. „Die Europäer wollen strategisch mitreden, aber sind unfähig militärisch zu agieren. Die Amerikaner wollen alleine entscheiden, Europa soll es aber politisch-strategisch mittragen“, so Campbell. Beide Seiten hätten damals recht gehabt, der Grund für dieses Missverständnis sei aber einmal mehr die Tatsache gewesen, dass man keine ge-

meinsame Strategie in den 90er Jahren entwickelt habe. Die Referentin ließ keinen Zweifel daran, dass man zu den transatlantischen Beziehungen des Kalten Krieges zurückkehren könne. Die EU-Erweiterung werde auch keine Antwort bringen, eine Einigung sei aber keineswegs unmöglich: „Das Solana-Papier beschreibt die Bedrohungen der Zukunft in ziemlich ähnlicher Weise wie die Sicherheitsstrategie der US-Regierung“, so Campbell wörtlich. „Auf dieser Basis muss versucht werden, die gemeinsamen Interessen Europas und der USA zu finden. Ich habe aber die Befürchtung, dass Europa wenig bis gar kein Interesse daran hat, dies mit der gegenwärtigen Administration zu versuchen, sondern man im Gegenteil derzeit versucht, sich gegen die USA zu definieren und zu profilieren. Wenn Europa versucht, seine eigene Identität durch die Betonung der Unterschiede zu gewinnen, dann wird sich das natürlich als Problem für die transatlantischen Beziehungen erweisen.“

Einheitliche Linie der US-Regierungen

Das „deutsch-amerikanische Verhältnis gestern, heute und morgen“ war das Thema des US-Generalkonsuls Matthew M. Rooney. Gestern ist für ihn die Zeit um den 9. November 1989, heute die Zeit nach dem 11. September 2001 und morgen die Irakfrage 2003 und darüber hinaus. Zum Ende des Kalten Krieges 1989 sagte Rooney: „Der Zusammenbruch des Ostblocks war Bestätigung einer über 50-jährigen erfolgreichen amerikanischen Außenpolitik. Der damals von den USA eingeschla-

gegene Weg ist zwar oft kontrovers gewesen, da es sowohl mit den transatlantischen, aber auch mit den transpazifischen Partnern kulturelle, politische und auch wirtschaftliche Konflikte gegeben habe. Letztlich aber sei

es der richtige Weg gewesen. Amerikanische Regierungen, ganz gleich ob demokratisch oder republikanisch geführt, haben gegenüber dem Ostblock immer eine einheitliche Linie gefahren.“ Über die Veränderungen in den USA und Deutschland seit 1989 sagte Rooney: „Die Jahre nach 1989 sind in den USA von einer starken wirtschaftlichen Dynamik geprägt gewesen. Neue Märkte haben sich für die USA erschlossen. Damals setzte eine starke Zuwanderung ein, vor allem aus Lateinamerika und Asien. Dagegen war man in Deutschland mit der Wiedervereinigung und der Integration des vereinten Deutschland in Europa befasst, was ein sowohl kostspieliger als auch immer noch schwieriger Prozess ist.“

Den 11. September 2001 sieht der Generalkonsul als Ergebnis der Konflikte in der arabischen Welt, in der die amerikanischen Lösungskonzepte keinen Erfolg gehabt haben. Hier müsse umgedacht werden, da der Islamismus weniger eine religiöse, sondern vielmehr eine politische und kulturelle Gegenbewegung zum US-amerikanischen Verständnis von Modernität sei.

Diese Entwicklung sei vergleichbar mit der Entstehung des Kommunismus als Gegenreaktion auf die Industrialisierung. „Der Islamismus blickt hasserfüllt auf den Westen und besonders auf die USA als Verkörperung des westlichen Lebensstils. Da es nicht gelungen ist, diesen Hass von den USA abzuhalten, sind neue Konzepte notwendig, um dieser Herausforderung zu begegnen.“

„Was den Irak-Krieg unter Präsident George W. Bush betrifft, so ist es der Regierung nicht gelungen, eine positive Meinungsbildung im Vorfeld des Krieges zu erreichen“, erklärte Rooney. Tatsächlich hätten die Differenzen in dieser Frage dann auch die Beziehungen zur deutschen Regierung belastet. Auf der Arbeitsebene sei dies jedoch nicht zu spüren gewesen, da habe die Zusammenarbeit sehr gut funktioniert. Ebenso habe es auch auf der ökonomischen Ebene keine Verwerfungen gegeben, was Rooney an einem Beispiel verdeutlichte: „BMW hat im Geschäftsjahr 2002/2003 erstmals mehr Autos in den USA als in Deutschland verkauft.“

Versagen der UNO

Den Vorwurf, die USA kümmerten sich nicht mehr um internationale Institutionen, wies Rooney entschieden zurück: „Wir haben die WTO-Entscheidung in der Frage der europäischen Stahlimporte in die USA in vollem Umfang akzeptiert und zwar aus Respekt vor einer Institution, die wir selbst mitgegründet haben. Die Europäische Union dagegen hält das Importverbot für Rindfleisch aus den USA trotz WTO-Urteil nach wie vor aufrecht.“ Bezuglich der UNO stellte Rooney fest: „Die UNO hat im Falle des Iraks versagt. Die Irak-Frage hat insgesamt 60 Regierungen im Weltsicherheitsrat beschäftigt. Die 18 UNO-Resolutionen sind vom irakischen Regime fortwährend missachtet worden, was ein Handeln dringend notwendig gemacht hat. Wenn die UNO ernst genommen werden will, muss sie ihre Resolutionen wirksam durchsetzen.“

Was die Massenvernichtungswaffen angehe, so sei in der deutschen Öffentlichkeit immer davon die Rede, dass

es keine Beweise für ihre Existenz gebe, hierbei werde aber völlig außer Acht gelassen, dass die Untersuchungskommission zuvor jede Menge Hinweise auf Labore und Wissenschaftler gefunden habe, die mit der Entwicklung solcher Waffen befasst gewesen waren. Auf die Frage, warum man die UN-Inspektoren unter Führung von Hans Blix nicht zu Ende habe arbeiten lassen, antwortete Rooney: „Die Inspektoren sind in den Irak geschickt worden, um zu beweisen, dass der Irak abrüstet, wodurch die Führung in Bagdad lediglich aufgewertet worden ist. Angesichts der Tatsache, dass aus Europa keine schlüssigen Konzepte vorgelegt wurden, ist die US-Regierung damals zu dem Schluss gekommen, zu handeln, anstatt weiter zu diskutieren.“ Außerdem hätten die USA viel subtiler argumentiert, so Rooney:

„Das Vorgehen der USA im Irak soll eine Aufforderung an die übrige arabische Welt sein, sich auf Demokratie und Rechtstaatlichkeit hinzu zu bewegen.“

An die Adresse der EU gerichtet sagte Rooney: „Man sollte in der EU langfristig eine positivere Vision haben als nur, nicht wie die USA werden zu wollen.“

Abschließend plädierte Rooney für eine sachliche Diskussion in den strittigen Fragen und die Weiterführung der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den USA, die sich schließlich in der Vergangenheit sehr gut bewährt habe. ■

David Braun-Lacerda

(siehe auch Pressestimmen S. 38)

Referenten und Podiumsteilnehmer:

Prof. Dr. Dieter Blumenwitz, Universität Würzburg

Prof. Dr. Edwina Campbell,
Airforce University, Montgomery, AL

PD Dr. James Davis, Universität München

General a. D. Manfred Eisele, Veitshöchheim

Prof. Dr. Stefan Fröhlich, Universität Erlangen – Nürnberg

Dr. Detlef Puhl,
George C. Marshall Center, Garmisch-Partenkirchen

PD Dr. Ralf Roloff,
George C. Marshall Center Garmisch-Partenkirchen.

Generalkonsul Matthew M. Rooney,
Amerikanisches Generalkonsulat München

PD Dr. Peter Rudolf,
Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Prof. Dr. Michael Staak,
Universität der Bundeswehr, München

Dr. Clemens Verenkotte, Bayerischer Rundfunk – Hörfunk

Prof. Dr. Peter Waldmann, Universität Augsburg

Tagungsleitung:

PD Dr. Michael Piazolo

Dr. Jürgen Weber

Akademie für politische Bildung, Tutzing

Welche Rolle spielen die USA in der Welt?

Mit der zukünftigen Rolle der USA in der Welt setzten sich James Davis, Manfred Eisele, Detlef Puhl und Michael Staack unter der Leitung von Clemens Verenkotte (Bayerischer Rundfunk) auseinander. Im Mittelpunkt ihrer Debatte stand die Frage nach der Unipolarität der US-Außenpolitik, die Davis als schlichte Tatsache betrachtete: „Das wird deutlich, wenn man sich die historisch einmalige Situation genauer betrachtet, in der sich die

amerikanischen Innenpolitik seien eine Vielzahl problematischer Aspekte zu erkennen, die jedoch in der Regel in Europa kaum Beachtung finden, obwohl sie der Schlüssel zur zukünftigen Rolle der USA in der Weltpolitik seien.

Auf die Frage, wozu die USA eine Gegenmacht bräuchten, entgegnete Staack: „Die Welt ist nicht im ökonomischen, auch nicht im gesellschafts-politischen Sinn, wohl aber im militärischen Sinn unipolar. Im militärischen

onale Organisation, sondern eine Zweckorganisation von Regierungen. Unter Staaten und Völkern gebe es keine Freundschaft, sondern allenfalls Interessenidentität. Eingedenk dieser Tatsache müsse man sich in den USA überlegen, inwieweit die UNO hilfreich sein kann, die Ziele der eigenen Außenpolitik zu erreichen. Es habe sich aber gezeigt, dass immer, wenn die Amerikaner versucht hätten, etwas im Alleingang zu unternehmen, wie z. B. in Somalia, sich die Welt vor einer desaströsen Situation wiedergefunden hat. Andererseits könne man am Beispiel Ruanda sehen, dass die Welt in beklagenswerter Untätigkeit verharre, wenn die USA nicht die Führungsrolle übernehmen würden.“

„Die Europäer haben ihre Unfähigkeit zu handeln auf dem Balkan ausreichend demonstriert, sagte Eisele. „Eines können die USA jedoch nicht aus sich selbst heraus schaffen und das ist die Legitimation ihrer Handlungen auf dem außenpolitischen Feld. Dies kann nur die UNO, der Fall des Irak-Krieges zeigt dies deutlich. Die USA brauchen die UNO, sie haben sie schließlich auch selbst mitgegründet.“



Unterschiedliche Sichtweisen auf dem Expertenpodium: v.l.: James Davis, Michael Staack, Clemens Verenkotte, Manfred Eisele, Detlef Puhl

USA befinden. So wird es in den nächsten 20 Jahren insgesamt etwa 400 Millionen Amerikaner geben, deren Durchschnittsalter zwischen 35 und 37 liegen wird. Demgegenüber wird es im gleichen Zeitraum ungefähr 30 Millionen weniger Deutsche, 20 Millionen weniger Franzosen und etwa 50 Millionen weniger Russen geben. Das Bruttoinlandsprodukt Amerikas ist heute bereits so groß wie das der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und Russlands zusammen.“

Die Wachstumsraten in den USA steigen doppelt so schnell wie in der Europäischen Union. China entwickelt sich zwar schnell an seinen Küsten, im Landesinneren herrsche jedoch extreme Armut und damit sozialer Sprengstoff für die Zukunft. Nimmt man alle diese Fakten zusammen, seien die USA schlichtweg in der Situation, führen zu müssen. Über den Stil dieser Führung müsse man natürlich diskutieren. Die zukünftige Rolle der USA hänge zudem ganz entschieden davon ab, wie sich die USA innenpolitisch in Zukunft entwickeln werden. In der

Sinn wird das auch in den nächsten 15 Jahren so bleiben, genauso wichtig aber ist die wirtschaftliche Stärke eines Landes und seine politische Glaubwürdigkeit. Seltsamerweise haben ausgerechnet die Neokonservativen in den USA die Tatsache erkannt, dass die Welt zwar zur Zeit, aber nicht auf Dauer, unipolar ist und versuchen nun, dieses Zeitfenster zu nutzen, um sie im amerikanischen Sinne unipolar zu machen. Was den Nutzen einer Gegenmacht betrifft, so brauchen die USA ein Korrektiv auf der Grundlage ähnlicher demokratischer Überzeugungen. Als diese kooperative Gegenmacht im politischen Sinn kann und will ich mir nur die EU anstatt Chinas vorstellen.“ Ob dieses Korrektiv auch die Vereinten Nationen sein können und ob die USA die UNO brauchen, bejahte General Eisele mit gewissen Einschränkungen: Grundsätzlich sei dies zwar denkbar, aber die UNO in der Realität „ein zahnloser Tiger“. Stalins Frage, wie viele Divisionen der Papst habe, könne man in gewisser Weise auch auf den UN-Generalsekretär übertragen. Zudem seien die UN keine supranati-

Den Gedanken der Legitimation nahm dann auch Detlef Puhl auf, indem er feststellte: „Das Legitimationsdefizit im Fall Irak, die mangelnde Glaubwürdigkeit der US-Regierung in dieser Frage und ihr missionarischer Eifer sind es, die im Widerspruch zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stehen. Es stellt sich überhaupt die Frage, wie man demokratische Wertvorstellungen mit Waffengewalt verbreiten will und wie sich der missionarische Auftrag der Regierung Bush mit einer Legitimation durch die Weltgemeinschaft in Einklang bringen lässt. Das Legitimationsdefizit spiegelt sich eben auch in der weltweit geringen Zustimmung zu diesem Waffengang im Irak wieder.“ Abschließend stellte Puhl fest: „Selbst eine ‚Hypermacht‘ wie die USA braucht die Unterstützung anderer Demokratien außerhalb seiner Landesgrenzen.“ ■

David Braun-Lacerda

Kritisches zur Kriegs-Macht des US-Präsidenten

Deutsche und amerikanische Politikwissenschaftler
sehen Menschenrechte bedroht

Sein dem 11. September 2001 ist nichts mehr, wie es war. Die Frage, inwieweit dieses seitdem oft gebrauchte Urteil auch auf die Stellung des US-Präsidenten im politischen System der Vereinigten Staaten zutrifft, war Gegenstand einer Expertentagung deutscher und amerikanischer Politikwissenschaftler, die die Akademie in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Amerika-Akademie, unter Leitung von Heinrich Oberreuter und Jürgen Gebhardt, durchführte.

„Denkt man an Schlesingers berühmtes Buch ‚The Imperial Presidency‘ von 1974“, so Jürgen Gebhardt (München), Vorstandsmitglied der Bayerischen Amerika-Akademie, in seiner Einführung, „so ist daran zu erinnern, dass die Stärkung des Präsidentenamtes ihren Ausgangspunkt immer in der Außenpolitik hatte.“ Die Ausgestaltung der „War making power“, insbesondere in Zeiten nationaler Gefährdung, ist der zentrale Gradmesser für die Macht des Präsidenten – auch und gerade im Verhältnis zu den anderen beiden Gewalten Kongress und Supreme Court.

Intellektueller Gegenblock

Sehr kritisch bewertete Louis Fisher vom Congressional Research Service, Washington D.C., die jüngere Entwicklung. Aus gutem Grund hatten die Gründungsväter das Recht zur Kriegserklärung nicht einer einzelnen Person, sondern einer Körperschaft zugeschlagen. Damit sollte der Gefahr, dass ein Präsident aus persönlichen Motiven (Rache, Prestige etc.) handele, wirksam begegnet werden. Für viele Präsidentschaften lassen sich Beispiele dafür finden, dass der jeweilige Präsident entweder eigenmächtig handelte und dies mit einer Notsituation begründete oder den Kongress in die gewünschte Richtung drängte. Die Irak-Resolution von 2002, mit der Präsident Bush die Entscheidung zum weiteren Vorgehen übertragen wurde, ist ein gutes Beispiel für letzteren Fall. „Was



Jürgen Gebhardt: „War making power“ als Gradmesser für die Macht des Präsidenten“.

wir brauchen“, so Fisher, „sind ‚checks and balances‘ der Welt gegenüber den USA. Kein militärischer, sondern ein intellektueller Gegenblock.“

„Was wir brauchen, sind ‚checks and balances‘ der Welt gegenüber den USA. Kein militärischer, sondern ein intellektueller Gegenblock.“

Louis Fisher

Da die Befugnisse des Präsidenten nicht so explizit formuliert seien wie die des Parlaments, gebe es hierbei immer wieder Interpretationsspielräume, bemerkte James W. Davis (Ludwig-Maximilians-Universität, München). Historisch gesehen pendele die außenpolitische Kompetenz zwischen Präsident und Kongress. „Im 20. Jahrhundert“, so Davis, „schlug das Pen-

del besonders zu Zeiten des Kalten Krieges in Richtung Exekutive aus.“ Zweifellos sehe sich Bush jun. als „war time president“, dessen Präsidentschaft zukünftige Generationen danach bewerten werden, wie er die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus gemeistert habe. Die Sicherheitsgesetze (Patriot Act etc.)stellten eine starke Machtzentrale in den Händen der Exekutive dar, die damit auch in Kernbereiche der beiden anderen Gewalten eingreife. Darüber hinaus stimme ihn die Situation der Bürgerrechte nachdenklich.

Gefahr des Polizeistaats

Diesem Befund schloss sich Josef Braml (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) an, der die „Civil Liberties in the War Against Terrorism“ aus europäischer Perspektive betrachtete. Nach dem 11. September erfolgte schrittweise die Einschränkung der Rechte für Amerikaner, insbesondere aber für Ausländer. Als Stichworte hierfür nannte Braml den Status der Gefangenen in Guantanamo/Cuba, die vorbeugende Verhaftung von Ausländern und Einreisebeschränkungen für Studenten, vor allem für jene aus muslimischen Ländern. „Die Grenzen von Zivilschutz sowie Prävention einerseits und Militäroperationen und Kriegsrecht andererseits verschwimmen zu sehends.“ Aus Sicht vieler Europäer existiere die mögliche Gefahr, dass die USA Ähnlichkeiten mit einem Polizeistaat entwickeln.

Ähnlich problematisch sah dies auch David Jenkins (McGill University, Montreal), der insbesondere auf die Situation der Gefangenen in Guantanamo einging. Dort seien über 660 Gefangene festgesetzt, deren Status als „unlawful combatants“ sie sämtlicher Rechte von Angeklagten beraubte. Erst allmählich würden sich Gerichte zuständig fühlen, um über die Rechtmäßigkeit der Inhaftierung zu entscheiden.

Militäreinsätze nicht erfolgreich

„Der 11. September 2001 hat Bush von einem glanzlosen Präsidenten in einen politischen Giganten verwandelt“, urteilte Peri E. Arnold von der University of Notre Dame, Indiana. Die Militäreinsätze in Afghanistan und Irak waren nicht alternativlos – angesichts der dort jetzt herrschenden Zustände verbietet es sich, von erfolgreich zu



Peri E. Arnold: „Bush und der 11. September: Vom glanzlosen Präsidenten zum politischen Giganten“.

sprechen. Innenpolitisch war der „War on terrorism“ des Präsidenten höchst lukrativ – war es doch seit 1934 keinem Präsidenten mehr gelungen, in den Vorwahlen die Zahl der Sitze seiner Partei zu erhöhen. Die „Imperial Presidency“ hält Arnold für eine zwar durchschlagende, aber relativ kurzlebige Erscheinung in der amerikanischen Politik. Wie die Beispiele Truman mit Korea und Johnson mit Vietnam zeigen, wäre es nicht das erste Mal, dass ein Präsident über einen Krieg zu Fall käme.

Dem Spezialaspekt verdeckte Operationen („Covert actions“) durch den CIA oder die „Special forces“, widmete sich Jennifer Kibbe (The Brookings Institution, Washington D.C.). Durch derartige Aktionen, die in der Regel von der Regierung initiiert werden, hätten die USA in vielen Weltregionen schon sehr viel Vertrauen verspielt. „Die (auch politischen) Kosten“, so Kibbe, „haben ihren Nutzen immer

übertroffen.“ Trotz aller diskussionswürdigen Probleme stelle die „National Security Strategy (NSS)“ der USA ein Konzept dar, das präzise Angaben über Bedrohung, den zu bekämpfenden Feind und die anzuwendenden Mittel mache. Alles Punkte, die Stefan Fröhlich (Universität Erlangen-

in den USA ist in den meisten EU-Staaten nicht durchsetzbar.“

Kontrolle dringend notwendig

Dringend notwendig, so Werner Link (Köln) sei es, dass sich die USA kontrollieren ließen, am besten von den Vereinten Nationen. Damit befand er sich auf einer Linie mit Louis Fisher. Link ging weiterhin auf die Bedrohung der Bürgerrechte ein. Angesichts deren Einschränkung sei die Rede vom „War of unlimited liberty“ Ironie. Was Bush anstrebe, sei die Neuordnung der Welt in seinem Sinne, die „Pax americana“, der Weg dahin „Enduring war“.



Jennifer Kibbe: „Verdeckte Operationen: Hohe Kosten – geringer Nutzen“. Fotos: Braun-Lacerda

Nürnberg) lange Zeit nach dem 11. September 2001 in der europäischen Haltung vermisste. Erst mit dem „Solana-Papier“, das im Frühjahr 2003 verabschiedet wurde, einigten sich die EU-Staaten darauf, Massenvernichtungswaffen als größte Bedrohung für Frieden und Freiheit zu definieren. „Grundsätzlich“, so Fröhlich, „ist es aber so, dass die amerikanische und die europäischen Gesellschaften unterschiedlich orientiert sind. Eine derartige Erhöhung der Militärausgaben wie

Die am Ende der Tagung diskutierte Frage, ob die Verfassung der USA in Kriegs- und Konfliktzeiten (noch) eine Bedeutung habe, förderte weitgehend Einigkeit zutage: Auch in Krisenzeiten, so die Mehrzahl der Referenten, habe die amerikanische Verfassung ihre Relevanz bewiesen. Louis Fisher hält es für besonders wichtig, dass „Redefreiheit und freie Presse“ gewährleistet seien. Und für David Jenkins besteht der schlagende Beweis dafür, dass sie auch heute noch eine große Bedeutung habe, in der Tatsache, „dass wir hier darüber diskutieren und in Amerika tun die Menschen das genauso.“ „In einem Land, in dem die Verfassung keine Bedeutung mehr hat“, so schloss Jenkins ab, „da wird nicht mehr diskutiert, da ist es totenstill.“ ■

Manfred Schwarzmeier

Linktipps

- <http://www.law.umkc.edu/faculty/projects/ftrials/conlaw/warandtreaty.htm>
- <http://warandlaw.homestead.com/files/modernco.html>
- <http://warandlaw.homestead.com/files/foundin2.html>
- <http://www.kansaspublishing.ku.edu/fispre.html>
- <http://www.cato.org/pubs/handbook/hb108/hb108-11.pdf>
- <http://www.cato.org/defense-studies/war-power.html>
- <http://www.hawaii.edu/powerkills/NOTE13.HTM>
- <http://www.zmag.org/content/showarticle.cfm?SectionID=40&ItemID=4889>
- <http://www.antiwar.com/stromberg/?articleid=990>
- <http://www.mises.org/journals/scholar/stromberg2.pdf>

Neue Grenzen – alte Werte?

Europa auf der Suche nach sich selbst

Vor dem Hintergrund der Erweiterung der Europäischen Union nach Mittel- und Südosteuropa am 1. Mai 2004 diskutierten Vertreter aus Politik und Wissenschaft in Regensburg nicht nur die Frage nach Europa als einer Wertegemeinschaft, sondern versuchten auch zu klären, ob Europa ein „christlicher Club“ sei und wie man in diesem Zusammenhang mit der Türkei verfahren solle.

Der Jurist und Politologe Wolfgang Mantl von der Universität Graz gab einen Überblick über die Werte im politischen Prozess. In dieser „so zerklüfteten Wertelandschaft“ ließen sich vier „Haupttrends“ feststellen, die als „Generatoren neuer Ideen, Postulate, schließlich (von) Normen“ wirken, erstens Säkularisierung, zweitens Individualisierung, drittens Pluralisierung und viertens die Medialisierung.

Mantl erstellte eine „Charakteristik der europäischen Wertelandschaft“, indem er feststellte, dass die Geschichte der europäischen Integration auch „eine Geschichte von Glanz und Elend des Funktionalismus“ sei. Es sei „unbestreitbar, dass am Anfang die idealistische Gedankenwelt aus katholischer Wurzel von Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi und Robert Schuman entstand“. Es sei aber „angesichts einer zunehmenden Säkularisierung (...) schwierig, von einer auch im Herzen geschätzten und existentiell gestützten Wertegemeinschaft zu sprechen“.

Im letzten Teil seines Vortrages beschäftigte Mantl sich mit dem der Rolle des Christentums in Europa. Es gäbe „keinen Anlass zu einem Wertepessimismus (...) der Christen“ und „wenn religiöse Menschen“, und hier besonders die Christen, „auf aktuelle Probleme adäquat reagieren“ wollten, so Mantl, „müssen sie die Bedeutung ihrer Werte gerade für den modernen, neutralen und offenen Staat und seine Gesellschaft glaubhaft machen“. Diesem Auftrag dürfe sich die Kirche weder durch „Kleinmut noch durch Selbstgefälligkeit“ entziehen.

Miklós Tomka, Religionssoziologe aus Budapest, referierte über die Europäi-

sche Union als Wertegemeinschaft und den Wertetransfer sowohl nach Osten, als auch aus dem Osten. In diesem Zusammenhang stellte er fest, dass Ostmitteleuropa sich mit der Tatsache abzufinden hätte, „etwas Besonderes zu



Miklós Tomka: „Der Kommunismus ist verschwunden, hat aber seine Spuren hinterlassen.“

sein: nicht ganz Ost- und nicht ganz West-Europa“. Ostmitteleuropa sei „zu einer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen „Zwischenregion“ geworden, deren Strukturen und Denkweisen sich schon früher vom „eigentlichen“ Osten wie vom strikt genommenen „Westen“ unterschieden“. Die Teilung Europas und die aufgezwungene neue Ordnung nach 1945 habe bei den Bevölkerungen der Staaten dieses „Zwischeneuropas“ das Gefühl erzeugt, „von den Westmächten verkauft worden zu sein“, so Tomka. Viele Menschen in Ostmitteleuropa und übrigens auch in Ostdeutschland behaupten zwar heute, dass es vor zehn Jahren besser gewesen sei und obschon sie nicht im Kommunismus leben wollten, habe dieser „Nostalgien hinterlassen, da Generationen ihn erlebt haben“. Generell aber sei „in der Mehrheit der Länder Osteuropas das Abhängig-

keits-, Unsicherheits- und Ohnmachtsgefühl zwischen 1990 und 1999 angewachsen“. So scheinen „die Menschen in Ostmitteleuropa auf eine besondere Weise vereinsamt, politisch passiv und unbeteiligt, stark arbeitsorientiert, in moralischer und religiöser Hinsicht eher konservativ“. Hierbei spiele die „Übergangssituation, die niedrige Wirtschaftsleistung und die Spannung zwischen Erwartungen und den realen Möglichkeiten“ eine entscheidende Rolle. Darüber hinaus unterminiere der Egoismus „Bejahung des Staatszentrallismus – und die politische Passivität der Individuen“ das Entstehen von Demokratie und Zivilgesellschaft. Diese „Untugenden“ seien „im Kommunismus systematisch herangezüchtet“ worden und unterscheiden „bis heute osteuropäische von westeuropäischen Gesellschaften“.

In Bezug auf den Stellenwert von Religion sei zu sagen, dass in Westeuropa sich die Menschen tendenziell eher von Religion abwenden, während es im Osten „Anzeichen für eine Rückkehr der Religion“ gebe. Die Gründe seien vor allem in den mehr als 50 Jahren kommunistischer Herrschaft zu suchen, die durch ihre Indoktrinierung eine „Verstümmelung der Gesellschaften“ in Osteuropa zur Folge hatte. Tomkas Fazit: „Der Kommunismus ist verschwunden, hat aber seine Spuren hinterlassen.“

Grundrechtscharta völlig neu

Jürgen Meyer, Mitglied des Europäischen Verfassungskonvents, vermittelte Einblicke in die rechtliche Umsetzung dieser gemeinsamen Werte anhand von Verfassungskonvent und EU-Grundrechtscharta. Meyer, der den bisher einzigen Kommentar zur Charta der Grundrechte der Europäischen Union gegeben hat, erläuterte zunächst die KonVENTsmethode und deren Vorteile gegenüber der bisherigen Praxis der Regierungskonferenzen. Er stellte heraus, dass die europäische Grundrechtscharta mit ihrer Präambel und

der in ihr enthaltene Grundwert „Solidarität“ etwas völlig Neues darstelle. So etwas sei in keiner anderen Verfassung der Welt zu finden. Die Präambel bekenne sich zu einer christlichen Tradition Europas. Meyer wies auch darauf hin, dass die EU durch die Grundrechtscharta keine neuen Kompetenzen übertragen bekomme, ein Punkt, der vor allem für Großbritannien sehr wichtig gewesen sei. Als „Schönheitsfehler“ bezeichnete Meyer die Tatsache, dass die Grundrechtscharta nur als Teil 2 der Verfassung verbindlich werde. Dies ist natürlich insofern weit mehr als ein „Schönheitsfehler“, nachdem der EU-Gipfel über die Verabschiedung der europäischen Verfassung in Brüssel im Dezember 2003 gescheitert ist. Das bedeutet für die Grundrechtscharta, dass sie zwar proklamiert und in Kraft ist, jedoch die in ihr enthaltenen Rechte weiterhin nicht einklagbar sind. Meyer beklagte, dass in der Politik in Europa immer noch „unverantwortliches und kleinkariertes Machtkalkül“ eine zu große Rolle spiele. Die Verfassung sei „ein großer Schritt für Europa, der den Einsatz wert“ sei.

Europa ein christlicher Club?

Peter Antes, Religionswissenschaftler von der Universität Hannover, antwortete auf die Frage, ob Europa ein ausschließlich „christlicher Club“ sei, dass „nicht die Religion, sondern das Recht die Klammer“ des zukünftigen Europa sein werde und dass deshalb auch nur die Religionen, die „rechtskonform“ seien, toleriert werden würden. Bei den Türken in Deutschland nehme im selben Ausmaß, wie die Säkularisation fortschreite, das Traditionsbewusstsein ab. Sein Diskussionspartner Hayrettin Aydin vom Zentrum für Türkeistudien an der Universität Duisburg-Essen stellte daraufhin fest, dass auch die Situation in der Türkei sich in diese Richtung verändere und fragte, „inwieweit wir überhaupt, angegossen von ungefähr 20 Millionen Muslimen in Europa, noch in einem christlichen Europa leben“. Der Islam sei immer ein „Teil der europäischen Kultur“ gewesen, sei es auch gegenwärtig und werde es auch immer bleiben. Da

nütze es auch nichts, dass die „Wahrnehmung diesbezüglich in Deutschland eine etwas andere“ sei. Allein in Deutschland etwa lebten 3,3 Millionen Menschen muslimischen Glaubens. Abgesehen davon sei es für Muslime

„ein natürlicher Zustand“, in einem Europa mit unterschiedlichen Religionen zu leben. Antes bezeichnete den Begriff „christliches Europa“ als problematisch, da dieser „gefährliche Stimmungen“ erzeuge.

David Braun-Lacerda

Versprechungen und wenig Konkretes

Politiker streiten über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei

Rund um einen möglichen EU-Beitritt der Türkei kreiste die von Akademiedirektor Heinrich Oberreuter geleitete Podiumsdiskussion. Der ehemalige türkische Ministerpräsident Mesut Yilmaz verwies darauf, dass das



Mesut Yilmaz: „Hinhaltetaktik muss ein Ende haben“

türkische Volk sich immer als „Teil Europas“ verstanden habe. Die soziale und kulturelle Bindung an Europa bestehe überdies seit mehr als 200 Jahren.

Der Beitritt der Türkei zur Europäischen Union würde einen „Wendepunkt in der Geschichte“ bedeuten, von einer historischen Rivalität hin zu einer dauerhaften Vereinigung von Kulturen“. Die Hinhaltetaktik der Vergangenheit müsse endlich ein Ende haben, denn die Türkei bemühe sich schon seit den 70er Jahren um eine Mitgliedschaft. Europa habe seitdem zwar auch immer wieder Versprechungen gemacht, denen dann aber wenig Konkretes gefolgt sei. Der „östlichste Nachbar“ solle nun endlich zum „östlichsten Mitglied“ der EU werden. Der

Beitritt müsse gerade heute auch verstärkt als einmalige Chance im Lichte einer globalen, religiösen Polarisierung gesehen werden. Die Türkei verlange keine bevorzugte Behandlung, sondern lediglich eine Gleichbehandlung und ein Ende leerer Versprechungen, die einzigt den Zweck hätten, die Türkei zwar als „strategischen Partner in der Region“ zu halten, ihr aber gleichzeitig den Zutritt zu Europa zu verwehren.

Nutzen als zentraler Punkt

Der stellvertretende CSU-Vorsitzende und Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Ingo Friedrich, verneinte die These, dass es sich bei Europa um einen ausschließlich christlichen Club handele, verwies aber auf die Tatsache, dass auf dem Kopenhagener Gipfel 1999 ein weiteres Beitrittskriterium hinzugekommen sei, nämlich der Nutzen für die Europäische Union. Dies sei für ihn auch der zentrale Punkt: Eine um die Türkei erweiterte Europäische Union sei schlichtweg nicht mehr zu organisieren. Außerdem könnten dann auch weitere Staaten, z. B. die Ukraine, einen Antrag auf EU-Beitritt stellen. Es sei wichtig, Grenzen zu formulieren und das nicht nur territorial, sondern auch unter ökonomischen Gesichtspunkten. Historisch betrachtet seien „alle großen Reiche an Überdehnung“ zugrunde gegangen.

Für den Sozialdemokraten Gerhard Schmid, ebenfalls Vizepräsident des Europäischen Parlaments, ist die Debatte um den EU-Beitritt nicht neu, sondern erfahre im Zuge des im Herbst 2004 erscheinenden Abschlußberichts der Europäischen Kommission im

Moment lediglich neuen Auftrieb. Auch Unions geführte Regierungen hätten die bisherige Türkeipolitik mitgetragen. „Demokratie und Islam sind kein Widerspruch“, so Schmid, dennoch müssten Vor- und Nachteile eines Beitritts der Türkei diskutiert werden. Wir dokumentieren Schmids Thesen, mit denen er sich teilweise gegen die offizielle SPD-Linie stellte (siehe den nachfolgenden Artikel).

Dieter Oberndörfer, Politikwissenschaftler und Soziologe, teilte die vorgebrachten Bedenken nicht, er verwies stattdessen auf die gegenüber der Türkei gemachten Zusagen in der Vergangenheit und strich besonders die historische und zugleich symbolische Bedeutung eines Türkei-Beitritts heraus. „Es kann nicht angehen, dass wir

in Europa einerseits unsere Werte universal formulieren und dann die Türkei als Mitglied einer Europäischen Union ablehnen.“ Die Türkei sei heute ein modernes Land, das zeige nicht zuletzt die Tatsache, dass dort mehr Frauen an den Universitäten studierten als in Deutschland. Man habe jetzt die Möglichkeit, eine Brücke in Richtung der islamischen Welt zu schlagen, die man nicht ungenutzt lassen sollte. Außerdem müsse man sich über die möglichen Konsequenzen einer Ablehnung der Türkei bewusst sein, so Oberndörfer.

Ebenfalls für einen Beitritt machte sich der Regensburger Oberbürgermeister Hans Schaidinger (CSU) stark. Es gehe nicht immer nur um die Wünsche von Regierungen und nationale Interessen.

Als Kommunalpolitiker sei er mit den Fragen der Integration befasst und da falle in Regensburg, dessen einziges Konsulat das türkische Honorarkonsulat sei, die Bilanz durchaus positiv aus. Wäre er auf dem Parteitag gewesen, auf dem die CSU den Beitritt der Türkei einstimmig abgelehnt hatte, so hätte es zumindest seine Gegenstimme gegeben.

Yilmaz versuchte anschließend die bestehenden Vorurteile gegenüber der Türkei zu entkräften. Für ihn stehe mittlerweile außer Frage, dass der eigentliche Grund, warum die Türkei nicht der EU beitreten solle, die Religion sei: „Inzwischen ist aber die Türkei so laizistisch, dass eine Partei mit dem Namen ‘Muslimisch Soziale Union’ unvorstellbar ist.“

David Braun-Lacerda

Schluss mit dem Spiel ohne Grenzen!

Thesen zu einem EU-Beitritt der Türkei

Von Gerhard Schmid, MdEP, Vizepräsident des Europäischen Parlaments



Gerhard Schmid: „Demokratie und Islam sind kein Widerspruch.“

1. Europa ist kein exklusiv christlicher Club

Die Formel vom christlichen Abendland ist ein mittelalterlicher Traditionstrang, der mit der Wirklichkeit heutiger Gesellschaften nichts mehr zu tun hat. Abgesehen davon, dass bereits fast 15 Millionen Muslime in der EU leben – von einer homogenen Christenheit kann gar keine Rede sein. Solange ein katholischer Geistlicher sein Amt ver-

liert, wenn er bei einem evangelischen Gottesdienst am Abendmahl teilnimmt, solange es die anglikanische Kirche in England und die orthodoxe Kirche in Griechenland gibt, ist der einheitliche christliche Club nicht mehr als Wunschdenken. Außerdem gibt es einen Riesenunterschied zwischen der Zahl der Taufchristen und der Anzahl aktiver Gläubiger. Dazu kommt, dass einer der Kernstaaten der EU, nämlich Frankreich, strikt laizistisch ist. Nicht ohne Grund enthält der Entwurf der Europäischen Verfassung keinen Gottesbezug.

2. Die Debatte ist nicht neu

Bereits das Assoziationsabkommen von 1963 eröffnet der Türkei eine Beitrittsperspektive. Im Jahre 1987 stellte die Türkei einen Antrag auf Vollmitgliedschaft, der 1990 vorläufig zurückgewiesen wurde. Der Europäische Rat von Luxemburg stellte 1997 fest, dass die Türkei für einen Beitritt in Frage kommt. Der Rat von Helsinki bestätigte 1999 ausdrücklich die Beitrittsperspektive und der Rat von Kopenhagen beschloss im Dezember 2002, dass im Dezember 2004 aufgrund eines Fortschrittsberichts der Europäi-

schen Kommission geprüft wird, ob die Türkei die Voraussetzungen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erfüllt.

3. Die Debatte eignet sich nicht für Wahlkämpfe

Alle deutschen Bundesregierungen haben diese Türkeipolitik mitgetragen, alle europäischen christdemokratischen Regierungen haben den entsprechenden Beschlüssen zugestimmt. Wer sich von der Kontinuität dieser Politik entfernen will, braucht gute Gründe und sollte dies nur nach einer sorgfältigen Diskussion darüber tun. Es gibt durchaus solche guten Gründe. Wer aber aus populistischen Motiven den Beitritt zum Gegenstand des nächsten Europawahlkampfes machen will, bescheinigt sich selbst, regierungsunfähig zu sein. Übrigens entscheidet das Europäische Parlament während der nächsten Legislatur nichts im Zusammenhang mit dem möglichen Beitritt der Türkei. Die Bundesregierung entscheidet zusammen mit den anderen Regierungen im Rat, ob Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden. Das ist lange bekannt. Herr Stoiber hätte deshalb bei seiner Kanzlerkan-

didatur das Thema aufgreifen müssen, wenn es ihm ernst damit gewesen wäre. Das Thema bei der Europawahl aufzugreifen ist Schattenboxen und nichts anderes.

4. Die Argumente für einen Beitritt

Es gibt durchaus Argumente für einen Beitritt der Türkei zur EU:

- Der Beitritt eines muslimischen Staates zeigt beispielhaft, dass Demokratie und Islam kein Widerspruch in sich sind. Die Türkei kann Vorbildcharakter für die Region entwickeln.
- Der Beitritt erleichtert die Integration der Türken, die bereits in der EU leben.
- Der Beitritt stabilisiert den Reformprozess in der Türkei und ist eine Versicherung gegen eine radikale Islamisierung.
- Eine fest mit der EU verbundene Türkei kann aufgrund ihrer geostrategischen Lage eine erhebliche Rolle bei der Europäischen Sicherheits- und Außenpolitik spielen.
- Die Türkei wird Transitland für Energierohstoff aus der kaspischen Region, Turkmenistan, Aserbeidschan, Irak und Iran werden.
- Die Lösung des Zypernkonflikts wird befördert.

Manches an diesen Argumenten ist richtig, manches eher Wunschdenken. Entscheidend ist aber: Es gibt keinen einzigen sicheren und wichtigen Vorteil, aufgrund dessen die Türkei unbedingt in die EU aufgenommen werden muss. Alle für die EU damit angestrebten Vorteile lassen sich auch mit anderen Instrumenten im Rahmen des Assoziationsvertrages und der Zollunion erreichen.

5. Argumente gegen einen Beitritt

Es gibt genauso gute Gründe gegen einen Beitritt der Türkei:

- das geringe Bruttonsozialprodukt (25% BIP des EU-Durchschnitts), die astronomische Inflationsrate und der hohe Anteil der Landwirtschaft an der Erwerbsarbeit (35% in der Türkei, 4,2% in der EU) verbieten es, die tür-

kische Wirtschaft starr mit dem Europäischen Binnenmarkt zu verbinden.

- Das wirtschaftliche Gefälle wird erhebliche Wanderungsbewegungen auslösen und Finanztransfers von etwa 20 Milliarden „netto im Jahr“ erfordern.
- Die Menschenrechte werden in der Türkei angesichts von Gesinnungsgefangenen, Folter und kultureller Unterdrückung der Kurden massiv verletzt. Zwischen den inzwischen eingeleiteten rechtlichen Verbesserungen und der Praxis liegen noch Welten.
- Der Einfluss des Militärs ist zwar formal begrenzt worden, besteht aber in der Praxis immer noch fort.
- Die Türkei grenzt direkt an Krisengebiete an und würde der EU eine Außengrenze zum Iran, zum Irak, zu Syrien, zu Armenien und zu Aserbeidschan bescheren mit dem Risiko möglicher Verwicklungen in Konflikte.
- Die Mentalität der Mehrheit der Bevölkerung ist noch nicht europäisch. Seit der Gründung der modernen Türkei sind gerade 80 Jahre vergangen – eine Generation! Die diesseitigen moralischen Werte des Christentums und des Islam sind gar nicht so verschieden und könnten durchaus eine gemeinsame Wertebasis darstellen. Aber die politische Kultur Europas beruht heute vor allem auf den Werten der philosophischen Aufklärung und der französischen Revolution. Was da in mehreren Generationen gewachsen ist, lässt sich nicht auf Flaschen ziehen und für einen Schnellkurs exportieren. Das mag bei Einzelnen gehen, aber nicht bei einer ganzen Gesellschaft. Solange in Deutschland 14 jährige Mädchen der dritten türkischen Generation vom Vater nach Anatolien zwangsverheiratet werden, gibt es ernsthafte Zweifel am Erfolg schneller Anpassung an europäische Verhaltensweisen.

Für diese Sachverhalte gilt aber, dass sie sich mit der Zeit verändern können. Es sind gute Argumente gegen einen zu frühen Beitritt der Türkei, aber es sind keine Argumente, die einen Beitritt in aller Zukunft ausschließen würden. Dazu bedarf es einer anderen Begründung. Allerdings müssen diese Argumente dazu führen, dass höchste Vorsicht beim Beginn von Verhandlungen angesagt ist. Diesen wird ein Be-

richt der Europäischen Kommission vorausgehen. Die Fähigkeit, der Glatze Locken zu frisieren, ist dort aber sehr ausgeprägt! Vor allem erzeugt der Beginn von Beitrittsverhandlungen einen Zugzwang, der in einem viel zu frühen Beitritt münden könnte.

6. Was prinzipiell gegen weitere Beiträge spricht

Das Dilemma ist: die EU hat über Beiträge bisher fallweise und nicht vor dem Hintergrund eines Leitbilds für den Endzustand der EU entschieden. Aber auch ohne Festlegungen über die Finalität der EU lässt sich bereits jetzt einiges schon sagen:

- Eine demokratisch verfasste EU mit einer funktionierenden Volksvertretung kann man nicht beliebig groß machen. Werden die restlichen Balkanstaaten und die Türkei aufgenommen, dann bläht sich entweder das Parlament zur Arbeitsunfähigkeit auf oder wir haben in Deutschland z.B. statt 99 nur mehr 80 Abgeordnete, andere Staaten entsprechend weniger. Schon heute sind die Wahlkreise viel zu groß!
- Eine Freihandelszone kann man mit beliebigen Partnern machen. Eine soziale Marktwirtschaft mit dem dazugehörigen Ressourcentransfer wird vom Wähler nur akzeptiert, wenn die Empfänger als „dazugehörig“ empfunden werden.
- Eine um die Balkanstaaten und die Türkei erweiterte EU wird auf sehr lange Zeit eine weitere Vertiefung und Entwicklung der EU nicht zulassen. Das Risiko, dass sich die EU dann zu einer Freihandelszone mit Regierungszusammenarbeit zurückentwickelt, ist erheblich. Im Zusammenhang mit der Osterweiterung ist stets von einem begrenzten Zeitfenster der Möglichkeit für Beiträge die Rede gewesen. Auch für die Vertiefung gibt es ein begrenztes Zeitfenster, nach dessen Ablauf die zentrifugalen Kräfte die Oberhand gewinnen werde.

Ich bin deshalb dafür, dass wir spätestens nach dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien mit der Erweiterung Schluss machen. Die Menschen akzeptieren kein Europa, das ein Spiel ohne Grenzen ist. ■

Nur Vorwärts- und Anpassungsstrategien helfen weiter

Journalisten informieren sich über praktische Chancen und Probleme der Erweiterung in den Grenzregionen

In wenigen Wochen ist es soweit: die Europäische Union wird größer. Ab dem 1. Mai 2004 wird es die EU mit 25 Mitgliedern geben und eine Europäische Verfassung wird in Kraft treten. Im Vorfeld dieser größten Erweiterung in der Geschichte der EU richtete eine Tagung in Passau den Blick nicht nur auf die Europäischen Institutionen und ihre weitere Entwicklung, sondern behandelte auch die Chancen und praktischen Probleme der Regionen entlang der Grenzen zu unseren östlichen Nachbarn. Wirtschaftliche Kooperation, Arbeitsmarkt und Migration, aber auch die Fragen der Inneren Sicherheit angesichts offener Grenzen standen im Mittelpunkt dieser Akademieveranstaltung im Dreiländereck Tschechien-Österreich-Deutschland. Journalisten aus diesen drei Ländern informierten sich über den fortschreitenden Integrationsprozess. Die Tagung wurde zusammen mit der Vertretung der EU-Kommission und dem Passauer Journalistik-Institut organisiert.

Hans Pschorn von der Vereinigung der Grenzlandkammern erwartet angesichts des tiefgreifenden Strukturwandels und der anhaltenden Konjunkturschwäche in Deutschland mehr Konkurrenz und Wettbewerb, aber auch neue Märkte und Arbeitsteilungen. Betroffen seien vor allem ungelernte und wenig qualifizierte Arbeiter, aber auch Unternehmen aller Größenordnungen, Regionen und Branchen. „Um im Kostenwettbewerb bestehen zu können, helfen nur Vorwärts- und Anpassungsstrategien“. Seine Kollegin von der Wirtschaftskammer in Budweis, Mirka Pibilova, hat keine Angst vor einer neuen Arbeitsmigration nach dem EU-Beitritt: „Die Tschechen, die kommen wollen, sind schon da!“ Ihre Region Südböhmen hat im



Mirka Pibilova

Gegensatz zum deutschen Nachbarn keine Probleme mit der Arbeitslosigkeit: sie liegt bei 6 Prozent (in Deutschland über 10). Die Tschechen setzen weiter auf deutsche Investoren, die Arbeitsplätze schaffen – derzeit liegt der Durchschnittslohn bei 450,- Euro im Monat.

Keine Massenbewegung

Auch Elmar Hönekopp vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) bei der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg und Helmut Fiedler vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) in der Oberpfalz zeichneten übereinstimmend ein eher positives Bild von den Entwicklungschancen des Arbeitsmarktes entlang der ehemaligen Grenze. Die wichtigsten Veränderungen seien ohnehin schon passiert.

In Deutschland werde es eine weiter sinkende Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften geben und in den Beitrittsländern werde die offene Arbeitslosigkeit zunehmen: „Die Frauen werden vom Arbeitsmarkt verdrängt. Aber auch wenn voraussichtlich 2011 die komplette Freizügigkeit kommt, wird es keine Massenbewegungen über die Grenzen hinweg geben“. In Tschechien, Slowenien und Ungarn sei die Arbeitslosigkeit kein Problem – anders als in Polen und der Slowakei. Der gespaltene Arbeitsmarkt sei schlecht für gering, gut für hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Hönekopp bezifferte das Pendlerpotenzial aus Polen und Tschechien auf knapp 154 000 Personen. Am stärksten davon sei Sachsen betroffen.

Horrorzahlen niedriger hängen

Gewerkschafter Fiedler plädierte dafür, „die Horrorzahlen niedriger zu hängen“. In Tschechien arbeiten 5000 Deutsche, in Bayern 3500 Tschechen. Deutschland sei nicht das Wunschziel-land der Pendler. Eine klare Absage erteilte Fiedler den Dumpinglöhnen: „Es muss ortsüblich nach Tarif entlohnt werden.“ Tschechien habe einen großen Bedarf an Arbeitskräften, „da müssen die aufpassen, dass ihre Eliten nicht ausbluten“. Viel größere Gefahren gingen von der Arbeitsplatz- und Produktionsverlagerung nach Fernost aus: „Um die Probleme zu lösen, müssten wir Asien abschaffen!“ Ein Problem sieht der Arbeitnehmervertreter auch im Verlust früherer EU-Fördergelder im deutschen Grenzland und in den neuen Bundesländern: „In Zukunft werden Pilsen und Budweis Hochfördergebiete der EU.“

Ganz andere Sorgen plagten die Polizisten im Dreiländereck: Menschenhändler, Schleuserbanden und Drogenschmuggler treiben bereits seit dem Fall des Eisernen Vorhangs ihr Unwesen. Fortschreitende grenzüberschreitende Zusammenarbeit findet deshalb bereits seit vielen Jahren statt und ist dringend nötig. Dies bestätigten drei ranghohe Polizeibeamte aus Österreich, Tschechien und Deutschland. Auch wenn am 1. Mai 2004 die Grenzkontrollen nicht völlig wegfallen, weil Tschechien noch nicht dem Schengener Abkommen beitreten kann, wird es eine bevorzugte Abfertigung für EU-Bürger geben. Das besondere Augenmerk richtet sich dann auf Rumänen, Ukrainer und Weißrussen, die besonders in das Schleusengeschäft verwickelt sind. Werner Buchenegger, Jaroslav Malovec, Josef Heisl und ihre Kollegen an den Grenzübergängen werden auch weiterhin viel Arbeit mit Drogen- und Waffenschmugglern und Menschenhändlern haben. ■

Michael Schröder

Politik ohne Kompetenz?

Über die Grenzen politischer Gestaltung

Der Begriff Kompetenz leitet sich aus dem lateinischen „competentia“, Eignung, ab und wird heute stark in einem politisch-juristischen Sprachumfeld gebraucht. Nach dem Duden bedeutet er zuständig, maßgebend, befugt sein. Häufig wird der Begriff Kompetenz zur Beschreibung von Anlagen, Fähigkeiten und der Bereitschaft einer Person zur Ausführung von Tätigkeiten verwendet. Hohe Kompetenz erwarten die Bürger auch von den Politikern, gleichzeitig sprechen sie ihnen diese aber immer mehr ab. Mehrere Umfragen sehen sogar eine Verbindung zwischen der rückläufigen Wahlbeteiligung in Deutschland und dem schwindenden Zutrauen, das die Menschen in die Politiker haben, die aktuellen Probleme der Gesellschaft zu lösen.

Dabei wird oftmals ein doppelter „Kompetenzschwund“ konstatiert. Einerseits fehle es angesichts verstärkter Europäisierungs- und Globalisierungsten-

denzen an der Möglichkeit, auf vielen Politikfeldern eigenverantwortlich und autonom zu entscheiden. Andererseits brächten die Politiker auch nicht mehr die persönliche Eignung und Unabhängigkeit zu sachadäquaten Entscheidungen auf. Immer mehr würde auf „Fachräte“ und Kommissionen verlagert, die Lobbyvertreter und Medien gewinnen immer mehr Macht und Einfluss auf politische Prozesse. Entsprechen diese Einschätzungen der Realität?

Unter der Leitung von Michael Piazolo und Jürgen Weber diskutierten etwa 70 Teilnehmer dieser Akademietagung mit Wissenschaftlern und Politikern über solche und ähnliche Fragestellungen, um zu prüfen, was geschehen müsse, damit sich die Bürger durch ihre Repräsentanten auf der politischen Bühne gut vertreten fühlen.

Wir dokumentieren den Vortrag von Prof. Mühleisen in gekürzter Fassung auf den folgenden Seiten.

Referenten:

Georg Barfuss,
1. Bürgermeister Lauingen

Prof. Dr. Frank Brettschneider,
Universität Augsburg

Dr. Helmut Jung,
Ges. für Markt- u. Sozialforschung,
Hamburg

Prof. Dr. Hans-Otto Mühleisen,
Universität Augsburg

Prof. Dr. Uwe Thaysen,
Universität Lüneburg

Arnold Vaatz, MdB, Dresden

Prof. Dr. Rüdiger Voigt,
Univers. d. Bundeswehr, München

Podium:

Klaus Barthel, MdB, Kochel

Emma Kellner, MdL, Landshut

Prof. Dr. Roland Sturm,
Universität Erlangen

Moderation:

Henryk Jarczyk,
Bayerischer Rundfunk, München

Tagungsleiter:

PD Dr. Michael Piazolo,
Dr. Jürgen Weber,
Akademie für Politische Bildung,
Tutzing



Zeichnung: Mester

Defizite der Professionalisierung von Politik

Rekrutierungsmechanismen und Qualitätsprofile,

Kritik und Verbesserungsvorschläge

Von Prof. Dr. Hans-Otto Mühleisen, Universität Augsburg*

Die Tendenz in der Zusammensetzung des Bundestages ist eindeutig. Heute haben 80 Prozent der Bundestagsabgeordneten ein Hochschulstudium, mehr als die Hälfte davon hat Jura oder für das Lehramt studiert. Von den Abgeordneten der Grünen waren im letzten Bundestag 60 Prozent Lehrer, bei der SPD immerhin noch fast 40 Prozent. Wichtiger noch als die Frage eines entsprechenden Hochschulstudiums ist für unser Thema jedoch, dass mehr als 40 Prozent der Abgeordneten direkt aus dem Öffentlichen Dienst, weitere 10 Prozent als Angestellte aus politischen und gesellschaftlichen Organisationen kommen, die zumindest staatsnah sind. Dies heißt, dass jeder zweite MdB berufsmäßig dem Staat und seiner Verwaltung irgendwie verbunden ist. Was dies für die notwendige Kontrolle im Sinne von Checks and Balances bedeutet, mag man ahnen. Diesem hohen Anteil von Staatsdienstern stehen nur etwa 20 Prozent an Selbständigen und Freiberuflern gegenüber. Möglicherweise noch wichtiger für die Frage der politischen Karriere ist jedoch, dass „Abgeordneter“ im Lauf der Geschichte der Bundesrepublik immer mehr zu einem Beruf wurde, den man über die Parteikarriere anstrebt und ebenso erwirbt. In dem 2002 gewählten Bundestag sind von den 36 Parlamentsneulingen unter 36 Jahren 13, die zuvor keine andere berufliche Tätigkeit als hauptamtlich eine parteipolitische Funktion ausgeübt haben: Das Parlament wird inzüchtiger. Dies ist ein Symptom für die Professionalisierung: Die Mitarbeiter von Abgeordneten werden dann irgendwann selbst Abgeordnete. ...

Die tendenziell eindeutig auszumachende Veränderung des politischen Personals verstärkt ganz natürlich den Trend, dass Sachentscheidungen immer mehr fremdbestimmt werden.

*in Auszügen

Eine der Grundfragen in dieser Tagung nach der Kompetenz der Politik könnte daher mit einer Variante dahingehend beantwortet werden, dass das, was wir möglicherweise als Kompetenzlosigkeit wahrnehmen, vielmehr eine Politik unter dem Vorzeichen parteipolitischer Interessen ist. In der Abwägung zwischen sachnaher und parteinaher Entscheidung wird jeder Politiker die Konsequenzen der



Hans-Otto Mühleisen: „Sachentscheidungen immer mehr fremdbestimmt“

Stimmabgabe für seine Partei mitbedenken. Anderslautende Äußerungen gehören in den Bereich dessen, was unter dem Stichwort des Defizits an Glaubwürdigkeit diskutiert wird.

Als weitere Konsequenz der genannten Aspekte, der Dominanz des Öffentlichen Dienstes im Parlament und der Koinzidenz von Partei- und Politikkarriere wird man die dadurch bedingte Wirtschaftsferne der Politik bezeichnen müssen. Wer im Wirtschaftsleben erfolgreich sein will, hat kaum eine Chance – wohl auch keine Zeit – über die Parteileiter in das Parlament zu kommen. Die Konsequenz davon ist, dass sich die Wirtschaft, wenn sie im Parlament nicht selbst vertreten ist, neue Formen des Lobbyismus sucht, die vor allem zur mangelnden Transparenz des Entscheidungsfindungspro-

zesses beitragen. Eines der wichtigsten Merkmale aktueller Politikschwächen ist die gleichzeitige berufsbedingte Wirtschaftsferne und die durch die Interessenlage beider Seiten vorgegebene Wirtschaftsnähe der Politiker. Industrie und Banken werden im Vorfeld von Entscheidungen nicht mehr nur angehört, sondern sind selbst an der Formulierung der Gesetze beteiligt. Es steht außer Frage, dass bei diesen Veränderungen, die durch einen neu organisierten Lobbyismus massiv unterstützt werden, das Gemeinwohl immer weniger berücksichtigt werden kann. Der Eindruck verstärkt sich in den letzten Jahren, dass die Dominanz der Wirtschaft, die viele Bereiche erfasst hat, die ihr wesensfremd sind und ihr daher nicht ausgeliefert werden sollten – erwähnt seien nur Pflegebereich und Universität –, auch die Politik in einer Weise bestimmt, dass die Chance auf sachnah und gemeinwohlorientiert getroffene politische Entscheidungen immer mehr abnimmt.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich eine weitere Überlegung, die die angedeuteten Defizite weiter verstärkt: Politiker wird man – in der Regel – nur über die Kanäle des Partiensystems. Selektion, Nominierung und dementsprechende Verbundenheit der Kandidaten als wegbereitende Mechanismen führen bei den Personen selbst von der damit notwendigerweise verbundenen Anpassung zu einer Abhängigkeit, die Denken und Handeln der Politiker ganz natürlich fremdbestimmt werden lässt. Beim Blick auf die den politischen Prozess bestimmenden Faktoren schaut man in der Regel zunächst auf die Konkurrenz zwischen den Parteien. Im Hinblick auf politische Karrieren noch wichtiger ist zunächst die innerparteiliche Konkurrenz. Erfolg hat hier, wer protegiert wird, wer sich rechtzeitig auf den richtigen Flügel geschlagen hat – und wer sich, wenn es für den alten Hegemon schwierig wird, sich rechtzeitig von ihm absetzt.

Schwachpunkt Rekrutierung

Nimmt man zu diesen psychologischen Aspekten noch die harten Zahlen hinzu, so wird schnell deutlich, dass die Rekrutierung des politischen Personals einer der großen Schwachpunkte des politischen Systems der Bundesrepublik ist. Geht man davon aus, dass es derzeit in der Bundesrepublik – mit abnehmender Tendenz – etwa 1,7 Millionen Mitglieder in politischen Parteien gibt und dass innerhalb dieser etwa 2,8 Prozent der Bevölkerung wiederum nur ein Bruchteil als Delegierte und Ähnliches an der Aufstellung von Kandidaten beteiligt ist, so ist die Zahl wohl nicht ganz falsch, dass das politische Personal von etwa einem Tausendstel der Bevölkerung ausgewählt wird. Wer mag da der überkommenen Ideologie noch Glauben schenken, dass es sich bei dieser geringen Zahl „Auserwählter“ ausgerechnet um die „Besten“ unseres Volkes handelt, die im Sinne des Gemeinwohls zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen vermögen? ...

Statt schneller Kritik sollen hier zwei Bedingungen genannt werden, die für die Realität und/oder den Anschein von schlechter Politik mitverantwortlich sind: 1. Die Professionalisierung der Politik und 2. die spannungsträchtigen Anforderungen, denen der Politiker als Abgeordneter ausgesetzt ist. ...

Der Bürger, der sich für einen Politiker entschieden hat, hält den Gewählten in der Regel für den Besseren – sonst hätte er ihn gar nicht gewählt. Das schwingt auch im populären Wort vom kleineren Übel mit. Umso gravierender ist dann die Enttäuschung, wenn sich bald danach herausstellt, dass der von ihm Gewählte gar nicht der Bessere ist, sondern dass auch er anstehende Probleme nicht lösen kann. Der Umschwung in den Meinungsumfragen hängt daher nicht (immer) damit zusammen, dass man anderen Parteien eine höhere Problemlösungskompetenz zutraut, sondern röhrt aus der Enttäuschung darüber, dass man dem vermeintlich Falschen die Stimme gegeben hat. Die eingangs erwähnten Zahlen, wonach mehr als die Hälfte der

bundesrepublikanischen Bevölkerung keiner Partei mehr zutraut, die anstehenden Probleme lösen zu können, ist eben hierfür symptomatisch.

Defizit der Demokratie

Auf der anderen Seite verhält sich der Politiker nun eben so, wie er annimmt, dass die Wähler erwarten, dass er sich zu verhalten habe. Wiederum wird hier im Hinblick auf die Schwächen des Personals ein genuiner Defekt der Demokratie deutlich. Nicht nur die interne Parteiauswahl, sondern auch der Wahlwunsch, vor allem auch der Wunsch der Politiker, wiedergewählt zu werden, erschweren autonome und sachgerechte Entscheidungen. Dies wird verstärkt durch eine Form der Professionalisierung, innerhalb deren die berühmte Frage von Max Weber, für oder von der Politik zu leben, immer deutlicher dahingehend entschieden wird, dass man von der Politik lebt. Dies hat zur Folge, dass man auch eine dementsprechende berufliche Sicherheit will. Daraus ergibt sich ein Circulus vitiosus, den Jens Borchart gut beschrieben hat: Der Wunsch des gewählten Politikers, im Sinne der Professionalisierung seine berufliche Position abzusichern, führt dazu, dass er die Möglichkeiten seiner Abwahl, d.h. der politischen Partizipation vermindert. ...

Das Image des „schlechten Politikers“ ist, um einen zweiten Aspekt zu nennen, jedoch wohl auch eine Folge genuiner und nicht auflösbarer Spannungen, denen die Politik in der Demokratie ausgesetzt ist. Als erstes steht hier die Spannung zwischen Macht und Gemeinwohl, etwas populärer gesagt zwischen Politik als dreckigem Geschäft und Idealisierung. Man kann davon ausgehen, dass jeder, der in die Politik geht, dies mit dem Wunsch tut, dort etwas von dem zu verwirklichen, was ihm richtig oder zumindest besser als das Gegebene erscheint. Für den damit benannten Gestaltungswillen ist es jedoch notwendig, dass eine bestimmte Macht gegeben ist. Der Anspruch, das Gemeinwohl oder wenigstens für viele das Bessere zu verwirklichen und die Notwendigkeit,

dazu die notwendige Macht zu haben und diese auch in Konkurrenz und im politischen Kampf einzusetzen, vermittelt den Eindruck von schlechter Politik, weil eben Anspruch und Realität weit auseinanderfallen, gar nicht zusammen kommen können. Die zweite Spannung ergibt sich aus den Bindungen des Politikers einerseits an seine Partei und andererseits an seine Funktionen innerhalb des Parlaments. Wer wird zum Abweichler: Derjenige, der am Grundsatzprogramm seiner Partei festhält, oder derjenige, der entgegen den Grundsätzen die Stabilisierung der Regierung durch sein Stimmverhalten ermöglicht. Auch diese Spannung ist nicht aufhebbar. Das Problem wird jedoch dadurch verschärft, dass die Konsequenzen der nicht auflösbar Spannung als Scheitern, als Schwäche, als Niederlage interpretiert, verstanden und vom politischen Gegner ausgenutzt werden. In der Folge davon, dass Politik mehr als Kampf denn als Konkurrenz um das Bessere gesehen wird, kommt insbesondere die Opposition in eine schwierige Position. Will sie vorrangig die Regierung zu Fall bringen oder will sie eher das Bessere durchsetzen? Bisweilen fallen die beiden Optionen weit auseinander.

Spannung zwischen Raumschiff und Basis

Eine dritte Spannung ergibt sich für den Abgeordneten durch seine unterschiedlichen Anbindungen einerseits an das Parlament und andererseits an seinen Wahlkreis, oder anders gesagt an die Spannung zwischen Raumschiff und Basis. Seine Angst, dass seine Wiederwahl von beiden Seiten gefährdet werden könnte, führt zu einer Doppelgesichtigkeit, die dann häufig als Doppelzüngigkeit wahrgenommen wird. Wenn bei sogenannten „Abweichlern“ der Fraktionsvorsitzende damit droht, dass damit bei der nächsten Wahl eine Aufstellung als Kandidat gefährdet werden könnte, ergeben sich Abhängigkeiten, die man bei der Darstellung des Stimmverhaltens im Wahlkreis kaum wieder wird ausgleichen können.

Reformansätze

Zum Schluss einige Überlegungen, wie man mit diesen Defiziten im politischen System, insbesondere innerhalb des Parteiensystems im Hinblick auf Rekrutierungs- und Karrieremechanismen der Politiker umgehen könnte.

Hier seien nur drei Aspekte im Hinblick auf mögliche Verbesserungen umrissen: Möglicherweise würde eine Reform des Wahlsystems tatsächlich ein anderes Verhältnis zwischen Bürgern und wahrgenommener Politik begründen können. Es gilt Abschied zu nehmen von der nie der Realität entsprechenden Idee eines einheitlichen Typus von Bundestagsabgeordneten. Bedenkt man, dass es heute bereits drei Typen von Kandidaten gibt (aufgestellt im Wahlkreis, auf der Liste und im Wahlkreis und auf der Liste) und dementsprechend auch vier Wege, um ins Parlament zu kommen (über Wahlkreise, über Liste, bei Doppelkandidatur auf dem einen oder anderen Weg), so könnte eine Reform des Wahlsystems deutlich machen, dass die Abgeordneten im Sinne der oben skizzierten Spannungen auch unterschiedliche Basen der Legitimation haben. Ein Wahlsystem, mit dem die Abgeordneten zur Hälfte, d.h. mit der Erststimme allein im Wahlkreis, und mit der Zweitstimme über eine Liste gewählt würden – zu denken ist, was schon Adenauer mit guten Gründen forderte, an eine Bundesliste –, würde diese Spannung sichtbar machen. Eine solche Reform hätte mehrere Vorteile: Zum einen würde die Legitimation der Wahlkreiskandidaten und damit auch deren Bindung und Verantwortung gegenüber dem Wähler evident, spürbar und im Falle einer neuen Wahl auch effektiver werden. Die Zweitstimme, abgegeben für eine Bundesliste, würde einen Typus von Abgeordneten ermöglichen, der für die bundespolitischen Aufgaben gezielter und ohne Rücksicht auf Quoten innerhalb der einzelnen Bundesländer ausgewählt werden könnte. Zudem würde das Ärgernis des Fraktionszwanges mit der dann für die Hälfte der Abgeordneten nicht mehr so einfachen Drohung der Kandidaturverhinderung entschärft.

Und schließlich wäre dies durch die klare Kompetenzabgrenzung der Bundespolitik von landespolitischen Quotenzwängen ein Beitrag zu der derzeit von vielen Seiten eingeforderten Reform des bundesdeutschen Föderalismus. Die Spannungen, die gegenwärtig der einzelne Abgeordnete in sich austragen muss, würden angesichts von Abgeordneten mit unterschiedlicher Legitimation im Parlament zu realistischeren Strukturen, d.h. zu besserer Politik führen.

Mehr Orientierung an den Bürgern

Die zweite Option, nicht originell aber dennoch schwer durchsetzbar, ist diejenige nach mehr direkter Demokratie als Ergänzung der repräsentativen Demokratie. Vor allem angesichts des Prozesses der europäischen Einigung ist es auf Dauer nicht einzusehen, weshalb im einen Land mehr und im anderen weniger direkte Demokratie zulässig oder dem Gemeinwohl förderlich sein sollte. Die vornehmen Erklärungen, dass dies mit politischer Kultur zu tun habe, oder die noch peinlicheren Versuche, direktdemokratische Elemente als Gefährdung der Demokratie wegen der Verführbarkeit der Bürger hinzustellen, sollten, um mit dem ehemaligen Bundespräsidenten Herzog zu sprechen, im geistigen Papierkorb landen. Möglicherweise wäre es ein Beitrag zur Ausbildung einer gemeinsamen europäischen Kultur, wenn neben einer Vereinheitlichung des Wahlsystems zum europäischen Parlament auch die direktdemokratischen Partizipationsformen angegliedert würden. Möglicherweise hat jedoch die sogenannte politische Klasse genau davor Angst, dass durch direkte Demokratie schon – und auch bei Sachentscheidungen – die Möglichkeit der Niederlage und des Machtverlustes größer würde.

Einen dritten Aspekt, der in der Literatur wenig erörtert wird, ist die Option, dass auch auf Bundes- und Landesebene Modelle, die in den Kommunen praktiziert werden, durchaus dem demokratischen Prozess förderlich sein könnten. Insgesamt lässt sich sagen, dass sich die Direktwahl der Bür-

germeister bewährt hat – bis dorthin, dass unfähige oder korrupte Amtsinhaber relativ schnell abgesetzt werden können. Die Direktwahl der Bürger- und Oberbürgermeister hat in vielen Kommunen zu Amtsträgern mit größerer persönlicher Freiheit und einem Selbstbewusstsein geführt, das sie sich in ihren Entscheidungen häufig mehr am Willen der Bürger und an der Notwendigkeit der Sache als an den Wünschen der Parteien orientieren lässt. Die Loyalität gegenüber dem Bürger wird wichtiger als die gegenüber der Partei. Aufgestellt werden zwar die meisten Kandidaten immer noch von den Parteien, aber auch andere haben, wie man aus vielen Beispielen weiß, ihre reelle Chance. Dieses Modell ließe sich eben auf die Wahl der Wahlkreiskandidaten mit der Erststimme für den Bundestag übertragen.

Direkte Abwählbarkeit

Auch die Form des politischen Prozesses, der in den Kommunen oft zu einer Entscheidungsfindung führt, in der durchaus taktisch, über Parteidgrenzen hinweg Koalitionen gebildet werden, die zu Sachentscheidungen führen, wäre eine der Optionen, die auf anderen Ebenen des politischen Systems übertragbar sein könnte, ohne dass dabei gleich das Schreckbild einer Großen Koalition auftauchen müsste.

Vor allem aber die direkte Abwählbarkeit eines Amtsträgers als Vehikel zur Schaffung von mehr Glaubwürdigkeit könnte bei der Neugestaltung des Zusammenspiels politischer Institutionen und Legitimationswegen als Orientierung dienen. Manche erinnern noch an den Satz aus der römischen Zeit der Diktatur „oderint, dum metuant“, sollen sie mich doch hassen, solange sie mich nur fürchten. Es wäre verhängnisvoll für die Zukunft demokratischer Staaten, wenn angesichts der Rekrutierungs- und Karrieremuster der Politiker nach einem Satz leben wollte: „Mögen die Bürger doch denken, was sie wollen, Hauptsache sie wählen mich wieder“. ■

Schröders „Basta-Politik“ und das „dreckige Abweichlerdutzend“

Norm- und Stilverletzungen als Erosionsindikatoren politischer Macht

Von Dr. Manfred Schwarzmeier

Stil und Ablauf innerparteilicher Auseinandersetzungen sind aussagekräftige Indikatoren über Zustand und Befindlichkeit einer Partei. Wie das Beispiel der SPD im Jahr 2003 zeigt, tritt dieser Zusammenhang besonders deutlich und öffentlichkeitswirksam bei denjenigen Parteien hervor, die in Regierungsverantwortung stehen. Deren Regierungsfähigkeit wird durch die öffentliche Meinung hierzulande in erster Linie an den „Qualitätsmerkmalen“ „politische Führung“ und „innere Geschlossenheit“ gemessen.

Die Art und Weise, wie einerseits „Geschlossenheit“ durch die Partei- und Fraktionsführung hergestellt und andererseits durch Partei- bzw. Fraktionsmitglieder infrage gestellt wird, hängt von verschiedenen Faktoren ab: Beachtung bzw. Verletzung von (ungeschriebenen) Verhaltensregeln, Machtposition der Akteure, Instrumentarium, Umgangsstil. Ähnlich der „Flugbenzinaffäre“ von 1988, in der Franz-Josef Strauß und Helmut Kohl trotz heftiger Widerstände in Partei und Fraktion die Abschaffung der Mineralölsteuer für Privatflieger zunächst durchgesetzt hatten, diese später aber zurücknahmen, sind auch die Kontroversen um die einzelnen Bausteine der Agenda 2010 in der sozialdemokratischen Partei hierfür geradezu ein Paradebeispiel.

Zweifellos ist eine Bundestagsfraktion mit über 250 Mitgliedern eine nicht immer leicht zu lenkende politische Einheit. Diese Erfahrung mussten vor Franz Müntefering schon andere Fraktionsvorsitzende machen. Umso wichtiger ist es, dass die Kommunikation zwischen der Leitungsebene, den einzelnen Mitgliedern und auch den Geissenzusammenschlüssen („Kreisen“) der Fraktion funktioniert. Damit lässt sich Einiges an unausweichlicher Spannung schon im Vorfeld abbauen und nach außen der Eindruck weitgehender innerer Geschlossenheit aufrecht erhalten. Funktioniert die täglichen

che Routine des „trouble-avoidance“ nicht, so kann es im Extremfall zum Einsatz harter Instrumente wie der Rücktrittsdrohung des Kanzlers einerseits oder der Aufkündigung der Folgebereitschaft durch Fraktionsmitglieder andererseits kommen.



Manfred Schwarzmeier: Autoritär wirkende „Basta-Mentalität“ des Kanzlers

Normverletzungen auf beiden Seiten

Eine Bundestagsfraktion funktioniert nur, wenn sich sowohl die Fraktionsführung und – im Falle einer Regierungsfraktion – die Regierung als auch der einzelne Abgeordnete an bestimmte Regeln halten. Die Agenda 2010 ist ein Beispiel für Normverletzungen auf beiden Seiten:

- Einen grundlegenden Fehler haben beide Seiten damit gemacht, die jeweils andere nicht zu informieren bzw. frühzeitig einzubinden. So stellte die Tatsache, dass die Fraktion über die Reformvorschläge im Vorfeld der programmatischen Rede des Kanzlers vom 14. März 2003 nicht informiert, sondern diese im kleinen Kreis vorbereitet wurden, eine Herausforderung besonders für die Mitglieder der Par-

lamentarischen Linken (PL) dar. Dass dem Fraktionsvorsitzenden offensichtlich entgangen war, wie die Stimmung besonders in der PL in den Monaten davor war, spricht nicht für die Fähigkeiten Münteferings, kleine Verwerfungen als drohende Ankündigungen größerer Eruptionen zu erkennen. Auf der anderen Seite mussten es die Fraktionsführung und der Parteivorsitzende als Brüskierung empfinden, vom geplanten Mitgliederbegehren „Wir sind die Partei“ erst zu einem Zeitpunkt zu erfahren, als das Begehren schon auf die Schienen gesetzt war und Fahrt aufgenommen hatte.

- Zur Verärgerung vieler Abgeordneter hat zweifellos die autoritär wirkende „Basta-Mentalität“ des Kanzlers beigetragen. Parallelen auf bayerischer Landesebene lassen sich in jüngster Zeit mit der von Ministerpräsident Stoiber vehement verfolgten Durchsetzung seines Sparkursziels, mit der viele CSU-Abgeordnete Probleme haben, ausmachen. Die Forderung Schröders, die Agenda „bitteschön jetzt eins zu eins und undiskutiert durchzuwinken“ (Ottmar Schreiner), verbunden mit mehreren, über das ganze Jahr verteilten Rücktrittsdrohungen, führte zur Verhärtung der Fronten. Dazu trugen auch Äußerungen von Wirtschaftsminister Clement bei, der die Agenda von ihrer Bedeutung her mit dem historischen Zäsurdatum Goedesberg verglich. Dass die Abgeordneten und Parteimitglieder gerade bei einer so grundlegenden Frage nicht beteiligt werden sollten, war vielen völlig unverständlich. Zwar wurde in der Öffentlichkeit – so jedenfalls demoskopische Befunde – damit das Bild vom durchsetzungsschwachen Kanzler gestärkt, gleichzeitig aber fielen die Partiewerte immer stärker ab. Langfristig führt der inflationäre Gebrauch von Rücktrittsdrohungen zur Abstumpfung dieses Instruments. Glanzvoll erscheinende Siege nach außen sind so Pyrrhsiege nach innen. Grundsätzlich

anders ist die Situation im Übrigen auch dann nicht, wenn die eigene Mehrheit nicht unbedingt notwendig ist. Dies ist dann der Fall, wenn zwischen Regierung und Opposition Kompromisse im Vermittlungsausschuss ausgehandelt werden. Auch dann wird regelmäßig von der Führungsebene das Ziel der eigenen Mehrheit und Geschlossenheit der Koalition ausgerufen. Ein Beispiel, bei dem bis zuletzt unsicher war, ob eine eigene Mehrheit von SPD und Grünen zustande kommen würde, war der Einzelpunkt Zulässigkeit neuer Stellen für Langzeitarbeitslose im Rahmen der Reformgesetze, die Mitte Dezember 2003 zur Abstimmung standen. Trotz einiger Gegenstimmen aus den Reihen der Koalition war die relative Mehrheit von Rot-Grün dann aber doch gegeben.

* Aber auch die Abweichler haben in den Augen der anderen Fraktionsmitglieder allgemeine Gruppennormen verletzt. Zwar wird einem Abgeordneten zugestanden, von der Fraktionslinie abzuweichen, dies ist jedoch an bestimmte Verhaltensweisen gebunden. So muss der Fraktionsführung beispielsweise die abweichende Meinung angezeigt werden. Dies hat intern zu geschehen und keinesfalls durch eine öffentlichkeitswirksame Aktion wie einem „Mitgliederbegehr“¹. Auch muss grundsätzliche Gesprächs- und Kompromissbereitschaft signalisiert werden. Gerade in diesem Punkt gab es unterschiedliche Ansichten. Während die Protagonisten des Begehrungs vorbrachten, sie hätten keine adäquate Gelegenheit gehabt, mit Schröder und Müntefering über ihre Bedenken zu reden und damit der Regierung mangelnde Gesprächsbereitschaft unterstellt, stellte der Fraktionsvorsitzende das fehlende Interesse der Kollegen Florian Pronold, Ottmar Schreiner und Fritz Schösser an einem Meinungsaustausch heraus.

* Für abweichendes Verhalten ist die Begründung entscheidend. Sich als das personifizierte moralische Gewissen der Partei nach dem Motto „Ich bin dazu berufen, die Grundsätze der SPD vor euch zu schützen!“ oder „Wir sind die Partei!“ aufzuspielen oder das schlagartig über die Abweichler her-

eingebrochene Medieninteresse zu instrumentalisieren, wird von den Kollegen eher als Zeichen von Illoyalität gewertet. Gerade für einen Teil der Parteibasis war da schon weitaus akzeptabler, was Ottmar Schreiner als Begründung für den Sonderparteitag anführte: „Da musste noch eine Legitimation her, mindestens ein Parteitag!“. Der Sonderparteitag, der am 1. Juni 2003 in Berlin stattfand, führte zur erhofften Beruhigung der Lage, obgleich viele Delegierte die von der Parteispitze gemachten Zugeständnisse für nicht ausreichend hielten.

Zuckerbrot und Peitsche: Krisenmanagement

Abgeordnete, die in wichtigen Fragen abweichender Meinung sind, sind einem gewissen Konformitätsdruck seitens der Fraktionsgemeinschaft ausgesetzt. Dies gilt besonders dann, wenn eine Mehrheit von gerade mal vier Stimmen einer kleinen Gruppe von Abgeordneten die Machtposition einer Sperrminorität zukommen lässt. Diese Druckausübung ist aus der Sicht der Fraktion vor dem Hintergrund der Geschlossenheit (und Machterhaltung als Regierungsfraktion) durchaus verständlich. Das Instrumentarium, das hierbei angewandt wird, ist breit gefächert. Im vorliegenden Fall reichte es von der Ausgrenzung und sprachlichen Desavouierung („dreckiges Dutzend“, „notorische Verlierer“, „Abweichler“) über mehr oder weniger verklausulierte Rücktrittsdrohungen des Kanzlers („Guckt mal genau hin, wie das 1982 gelaufen ist, und wie lange das gedauert hat, bis wir wieder an der Macht waren.“ SZ, 29.9.03) bis hin zu vorsichtigen Kompromissangeboten.

Eine „absolute Sauerei“ hatte Müntefering in einer Fraktionssitzung die Verhaltensweise der Abweichler, die sich selbst als die „glorreichen Zwölfe“ bezeichneten, genannt und unter donnerndem Applaus der übrigen Fraktionsmitglieder das unsolidarische Verhalten im Zusammenhang mit dem Mitgliederbegehr gegeißelt. Neben dieser innerfraktionellen Stigmatisierung wurden die einzelnen Abweichler in persönlichen Gesprächen mit dem Fraktionsvorsitzenden und mit

Regierungsmitgliedern „beschworen und besäuselt, um Möglichkeiten einer Annäherung auszuloten“ (Spiegel Nr. 18/03, S. 25).

Ultimativer Druck kam vom Kanzler. Durch seine Drohung, bei einer Abstimmungsniederlage sein Amt zur Verfügung zu stellen und diejenigen, die die Niederlage verursacht hätten, dafür verantwortlich zu machen, übertrug er die Verantwortung für die weitere Ausübung der Gestaltungsmacht auf die Abweichler. Deren Stärke (Druckpotential als Sperrminorität) wird damit zu deren Schwäche (Verantwortung für Machtverlust). Daneben waren aber auch Angebote für Kompromissfindung und Annäherung zu erkennen. So bemerkte der Fraktionschef, dass sich die abweichenden Abgeordneten nicht vor der Fraktion über ihr Abstimmungsverhalten äußern müssten, sondern dies im Gespräch mit ihm machen könnten. Außerdem wurden moderate inhaltliche Änderungen in Aussicht gestellt. Dass sich zu diesem Punkt sofort der den Kanzler unterstützende „Seeheimer Kreis“ mahnend zu Wort meldete, man solle doch bei den Zugeständnissen nicht zu weit gehen, verdeutlicht die Gratwanderung der Fraktionsführung.

Müntefering durfte einerseits den Druck auf die Abweichler nicht überziehen, da sonst Trotzverhalten die Reaktion bei den Abweichlern und Solidarisierungsverhalten mit den ungerecht behandelten „Opfern“ bei den übrigen Fraktionsmitgliedern hätte sein können. Andererseits durften aber auch die Abweichler ihre Ablehnungsmacht nicht zu stark strapazieren, da sonst Zweifel an den vorgebrachten Motiven (Änderungen in Details) zu einer weiteren Verhärtung der Fronten hätten führen können. Damit wurde auch die Erkenntnis befolgt, dass die breite Parteibasis nicht die Extreme liebt, sondern den Willen zur Einigung goutiert.

Deutlich zeigt die Kontroverse um die Agenda 2010, dass (nachträgliches) Krisenmanagement immer sehr viel mehr Aufwand zur Sicherung der Folgebereitschaft der Fraktion verursacht als vorherige Einbeziehung. Auf jeden Fall sind funktionierende Kommunikationsmechanismen auf Dauer durch Rücktrittsdrohungen nicht zu kompensieren. ■

Politische Reform in der Demokratie

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP) veranstaltete die Akademie eine Tagung zum hochaktuellen Thema „Politische Reform in der Demokratie“. „Dabei ist“ – so DGfP-Vorsitzender Hans Vorländer (Dresden) in seinem einführenden Statement – „neben den strukturellen Rahmenbedingungen für Reformfähigkeit der Demokratie immer auch der personale Faktor zu betrachten.“

„Drei Elemente“, so Hans-Peter Schwarz (München) in seinen Betrachtungen über den „Reformer“, müssten zusammen treffen, um überhaupt von Reformen sprechen zu können: Der entsprechend ausgerichtete tragende „Zeitgeist“, eine von der großen Mehrheit als tiefgreifend empfundene „Krisensituuation“ und eine Person, die die Chance erkenne und in einem Akt politischer Führung das Ruder herum reisse. Schwarz machte zwei Typen von Reformern aus: Den „radikalen und den opportunistischen Reformer“. Während Ersterer aus eigenem Antrieb heraus handele und durch seine Schonungslosigkeit polarisiere, reformierten die letzteren, „weil sie müssen“.

fen“. Insgesamt, so Schwarz, „sind es aber immer auch die Umstände, die Reformer zu Reformer machen“. Die systemischen und strukturellen Konditionen nahm Manfred G. Schmidt (Heidelberg) ins Visier. Zwar kämen Reformen der 3. Ordnung, die durch den Wechsel von Zielen, Instrumenten und der zugrunde liegenden Philosophie gekennzeichnet seien, in demokratischen Systemen relativ selten vor, doch schon Reformen der 1. und 2. Ordnung brächten oft tiefgreifende Änderungen mit sich. Dem Reformbedarf stehe aber in einigen Staaten eine gewisse Reformträgheit entgegen. Diese werde verursacht durch Faktoren wie z. B. einer Viel-



Eberhard Sandschneider (li), Christian Hacke: „'Verfassung' für EU-Reform falscher Begriff“. Foto: Schwarzmeier

Roosevelt, Willy Brandt oder Gerhard Schröder seien hierfür Beispiele, Thatcher und Tony Blair verkörperten hingegen den Typus des Radikalreformers. Nicht umsonst sage man dem britischen Premier nach, er könne „Grausamkeiten mit Anmut verkau-

zahl von „Vetoplayern“ oder der Orientierung von Reformvorhaben an Wahlzyklen. Folge hiervon, so Schmidt, „ist die Verschiebung der Lasten von der Gegenwart in die Zukunft.“

Paradigmenwechsel bei der SPD

Die aktuelle Diskussion um die Reformierung des Wohlfahrtsstaates war das Thema des ersten Podiums unter Leitung von Irene Gerlach (Münster). Während Uwe Wagschal (München) bemerkte, dass die Probleme nur durch mehr Wirtschaftswachstum gemeistert werden könnten, wofür eine Senkung der Sozialabgaben nötig sei, gab Frank Nollmeier (Bremen) zu bedenken, dass aus seiner Sicht die gesamte Diskussion „zu institutionalistisch verengt“ geführt werde. Dies gehe dann bis zu Meinungen, man müsste bestimmte Kernelemente der parlamentarischen Demokratie aufgeben, um die Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Heinrich Oberreuter (Tutzing) stellte die Frage nach dem Bedeutungsinhalt von „sozialer Gerechtigkeit“. So lege das neue Gerechtigkeitskonzept der SPD den Schluss nahe, dass sich hier ein Paradigmenwechsel vollzogen habe. Union wie SPD marschierten in diesem Punkt inzwischen Hand in Hand, Unterschiede verschwanden zunehmend. Forderungen nach „Gegenparlamenten“ und „außerparlamentarischen Entscheidungszentren“ seien auch eine Folge von Unzulänglichkeiten des gegenwärtigen politischen Personals.

Der institutionellen Reform der EU widmete sich das zweite Podium unter der Gesprächsführung von Eberhard Sandschneider (Berlin), der am Vorabend als Nachfolger von Hans Vorländer zum DGfP-Vorsitzenden gewählt worden war. Während Ulrike Guerot (Berlin) der EU „eine strukturelle Reformfähigkeit“ bescheinigte, sah Christian Hacke (Bonn) darin ein Problem, dass mit der Verwendung des Begriffs „Verfassung“ eine Qualität suggeriert werde, die inhaltlich bei weitem nicht eingelöst werde. Sven Hölscheidt (Berlin) attestierte der EU – trotz einiger Unzulänglichkeiten –, dass die „große Richtung stimmt.“ ■

Manfred Schwarzmeier

Vor dem Aus oder dem entscheidenden Neuanfang?

Einmischung in den Kommunen als Chance

Die Zahlen sind erschütternd: gerade mal ein Prozent der Bevölkerung interessiert sich für politische Bildung, nach günstigen Schätzungen sind es fünf Prozent. Und das ist kein neues Phänomen. Die Bundeszentrale für politische Bildung hält das Interesse der Bevölkerung in Zahlen fest. Ihre Statistiken zeigen: die Jahrgänge der im oder kurz nach dem Zweiten Weltkrieg Geborenen interessieren sich für politische Bildung. Doch die Generationen davor und danach kaum.

Keiner will hingehen und immer weniger wollen dafür zahlen. Die öffentlichen Mittel werden landauf-landab gestrichen. Der Bundesausschuss politische Bildung sieht die Existenz seiner Mitglieder und ihrer Arbeit gefährdet. Steht die Politische Bildung also vor dem Aus? Nicht unbedingt – wenn sie neue Wege geht. Dies zeigte eine Tagung, die von der Akademie in Kooperation mit dem Bayerischen Volkshochschulverband veranstaltet wurde.

Aktuell und kompakt

Zehn Prozent der Bevölkerung sind für Angebote politischer Bildung offen, weitere 38,5 Prozent würden sie wahrscheinlich nutzen, ermittelte das „Berichtssystem politische Bildung 2002“. In Wahlkampfzeiten schnellt das Potenzial sogar auf 43 Prozent der Bürgerinnen und Bürger hoch, die mehr Informationen zu politischen Themen wünschen. Doch der Autor der Studie, Karsten Rudolf, mahnte in Tutzing: die Träger politischer Bildung gehen an den Bedürfnissen vorbei. Beispiel Kommunalwahl in Hessen 2001. Damals wurde das neue Wahlsystem mit Kumulieren und Panaschieren eingeführt. Doch 66 Prozent der hessischen Träger politischer Bildung sahen es nicht als ihre Aufgabe, darüber aufzuklären. Der Rest bot Veranstaltungen, die in der Bürgerbefragung eindeutig abgelehnt wurden: zeitraubende Tages- oder gar Mehrtagesseminare. Doch die Wählerinnen und Wähler wollen aktuelle Themen in kurzen, kompakten Angeboten, die von ihrem Wohn- oder Arbeitsort gut erreichbar sind und wenig kosten.

KISS-Formel

Wünsche, die für den Innsbrucker Politologen Peter Filzmaier nicht überraschend sind. Sind doch vier Fünftel der Bevölkerung gewohnt, politische Informationen vom Wohnzimmer-Sofa aus in Empfang nehmen. Ihre primäre Informationsquelle ist das Fernsehen,



Peter Filzmaier: „Das Fernsehen bringt politische Informationen meist nach der KISS-Formel: ‘Keep it short and simple’ oder bösartiger übersetzt: ‘Keep it short and stupid.’“

dem sie zudem auch weitgehend Glaubwürdigkeit einräumen. Das Fernsehen aber bringt politische Informationen meist nach der KISS-Formel: „Keep it short and simple“ oder bösartiger übersetzt: „Keep it short and stupid.“

Kurz, knackig, günstig und gut erreichbar – wollen die Macher überhaupt solch eine politische Bildung?

Gabriele Bielefeld von der VHS Gröbenzell sieht ihre Aufgabe eher darin, diesem Trend gegenzusteuern. Die Chance der Volkshochschule sei es, den Leuten Zeit zur Auseinandersetzung und zur Diskussion zu geben und Hintergrundinformationen zu liefern.

Christel Passmann vom Bildungsamt der Stadt Nürnberg will dagegen ihr Angebot unbedingt auf die Nachfrage einstellen: „Wir müssen das tun, wenn wir noch irgendeine Relevanz behalten wollen.“ Auch die Mitarbeiter anderer Träger politischer Bildung sind gespalten. Auch weil die heutigen Förderstrukturen traditionelle Formen verlangen. Noch immer gibt es vor allem Geld für lange Tagesseminare und Vorträge.

Ausstellung auf der Wäscheleine

Hedda Jungfer, stellvertretende Vorsitzende der Georg-von-Vollmar-Akademie, will um den Erhalt ihres traditionellen Angebotes, die Wochenseminare im oberbayerischen Kochel am See, kämpfen: „In der Mediengesellschaft sind Orte, an die sich Menschen zurückziehen und diskutieren können, noch wichtiger als früher.“ Aike Büttner, Bildungsreferentin der Europäischen Akademie Bayern und Ruth Ellerbrock, Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung in Berlin, suchen den Kompromiss. Sie wollen – zum Teil weiterhin – günstige, knackige Angebote, die gut erreichbar sind, im Programm haben. Doch Ziel ihrer Kurzveranstaltungen ist es, Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Standpunkt abzuholen und auf die eigentliche politische Bildung vorzubereiten: in längeren Veranstaltungen, die mehr Hintergrundwissen vermitteln. Beide sind allerdings bereit, ihrem Elfenbeinturm zu verlassen und dorthin zu gehen, wo die Leute sind.

So ließ Ruth Ellerbrock ihr Begleitprogramm zur Ausstellung der neuen Berliner Nationalgalerie „Kunst in der

DDR“ in deren Foyer stattfinden. Und die Europäische Akademie in Bayern bereitet mit Partnern aus Österreich und Holland eine Ausstellung für sozial schwache Menschen zur EU-Erweiterung vor. Das Besondere: Die Ausstellung hängt auf Wäscheleinen. So kann sie leicht dorthin transportiert werden, wo die Menschen wirklich sind. Statt die Menschen zur Bildung bringt das Bildungszentrum Nürnberg, die Volkshochschule der Stadt Nürnberg, schon lange die Bildung zu den Menschen. In einer Reihe zur Stadtpolitik werden themenzentrierte Exkursionen zu Umweltschutz, zur Geschichte usw. angeboten, aber auch Veranstaltungen zur Stadtplanung und Stadtentwicklung. Das Publikum schätzt diese Vielfalt und kommt.

Vor Ort einmischen

Kommunalpolitik vor Ort aufzugreifen, hält auch der Bremer Sozialwissenschaftler und Marketing-Auditor Reinhart Motzko für das große Thema politischer Bildung der Zukunft. „Politische Bildung muss vor Ort aktiver werden und sich in Entscheidungsfindungen einmischen. Sie hat die große Chance, die Menschen wieder an die eigene Aktivität heranzuführen.“ Auch der Innsbrucker Politikwissenschaftler Peter Filzmaier verlangt von der politischen Bildung eine Neuorientierung. „Wir müssen weg von der Veranstaltungstradition, weg von der Buchtradition, mehr hin zur Beratung in laufenden politischen

Prozessen.“ Dafür kann er sich dann auch eine Kooperation mit Medien vorstellen.

Der „Bericht politische Bildung 2002“ bestätigt den Ansatz, Politik vor Ort aktuell aufzugreifen. Die Bürger wünschen bereits an zweiter Stelle „Inhalte mit kommunalem Bezug“ hinter dem



Aike Büttner von der Europäischen Akademie Bayern hängt Ausstellungen auf Wäscheleinen.

Spitzenreiter „Bildungsangebote zur Gesundheits- und Sozialpolitik“. An dritter Stelle stehen „Hintergrundinformationen zu wichtigen medienvermittelten Themen“, gefolgt von „Informationen in Wahlkampfzeiten“ sowie „Aufklärung zu und Schutz vor Manipulationen“. Auch für „Tipps zum besseren Umgang mit Behörden und Institutionen“ wären die Bürgerinnen und Bürger dankbar. Die Volkshochschulen stehen mit 38 Prozent an der Spitze der bevorzugten Träger. Denn sie vermitteln am meisten, was Teilnehmerinnen und Teilnehmer wollen: Informationen von einer überparteilichen, unabhängigen Stelle. Staatlichen Einrichtungen vertrauen gerade mal 8,8 Prozent. Während Parteien noch in 6,8 Prozent ihr Publikum finden, sind es bei Kirchen nur noch 4,5 Prozent. Schlusslicht sind die Gewerkschaften mit 3,3 Prozent.

Die wichtigste Botschaft seiner Umfrage bringt Autor Karsten Rudolf auf einen kurzen Nenner: Bürgerinnen und Bürger wollen ernst genommen und als Partner gesehen werden. Der Politik- und Sozialwissenschaftler setzt seine theoretischen Kenntnisse als Vorsitzender des Büdinger Kreises selbst um: er gewinnt Jugendliche, in die Rolle des politischen Bildners zu schlüpfen und mit Unterstützung Demokratiewerkstätten für ihre Altersgenossen abzuhalten. Innerhalb von zwei Jahren wurden auf diese Weise 5000 Jugendliche erreicht. Momentan bestehen an hessischen Schulen vier Modellwerkstätten, im nächsten Jahr sollen 25 weitere eingerichtet werden. Ab nächstem Jahr wird ein Leitfaden das Konzept bundesweit zugänglich machen.

Wie von Reinhart Motzko vermutet, gelingt durch diesen lokalen Ansatz tatsächlich die Mobilisierung. „Jugendliche, die sich vor einer Demokratiewerkstatt überhaupt nicht vorstellen konnten, sich politisch zu engagieren, sind am Ende häufig bereit dazu. Einige treten sogar einer politischen Partei bei“, berichtet Organisator Karsten Rudolf. ■

Gisela Haberer



Zeichnung: Liebermann

Kleine Schritte gegen rechte Tritte?

Initiativen und Konzepte gegen Rechtsextremismus

Wer erinnert sich nicht an die Bilder des „Aufstands der Anständigen“ im Jahr 2000: Hunderttausende Demonstrierender auf den Straßen, Lichterketten, Mahnwachen und viele spontane Aktionen zwischen Garmisch und Rostock. Dies war auch die Geburtsstunde einer Welle von staatlichen Programmen und privaten Initiativen. Drei Jahre später plagen viele dieser Initiativen gegen Gewalt und Intoleranz existenzielle Sorgen. Diese von den Medien weitgehend unbeachtete Entwicklung war Anlass für die Akademie, in Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung, diesem Thema in einer Workshop-Tagung nachzugehen.

Die Tagung verfolgte drei Ziele: Zum einen wollte sie ein Forum bieten zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch für die Mitarbeiter von Programmen und Initiativen; zum anderen, um eine Zwischenbilanz ihrer Arbeit zu ziehen und schließlich – damit eng zusammenhängend – nach den Zukunftsperspektiven zu fragen. Die große Resonanz aus ganz Deutschland auf die Einladung zur Tagung – darunter viele Aktive und Teilnehmer, die sich professionell mit diesem Thema auseinandersetzen – zeigte deutlich, dass ein starkes Bedürfnis zum Informations- und Erfahrungsaustausch vorhanden ist.

Wohlwollen gegen „rechts“ in der Mitte der Gesellschaft

Am Beginn der Tagung wurden die Erscheinungsformen und sozialökonomischen sowie psychosozialen Ursachen von Rechtsextremismus analysiert. Hans-Gerd Jaschke (Polizei-Führungsakademie Münster) widmete sich dem ersten Aspekt. Er wies darauf hin, wie groß die Spannweite der Erscheinungsformen sei: Die Affäre um die antisemitischen Äußerungen des CDU-Bundestagsabgeordneten Hohmann wie auch das Schlagwort von der „braunen RAF“ (CSU-Innenminister Günter Beckstein) markierten nur zwei Pole. Ein grundlegendes Problem sei es, so Jaschke, dass sich die Täter von Rechts durch die Gesellschaft in ihrer Rolle als „Vollstrecker des Volkswilens“ legitimiert fühlten. Dafür sei eine

weit verbreitete, tief verankerte wohlwollende Einstellung gegenüber „rechten“ Haltungen verantwortlich. Direkte und indirekte Formen der Diskriminierung seien als Belege zu sehen, dass rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen „in der Mitte der Gesellschaft“ ihren Platz hätten.

Kreislauf sozialer Verarmung

Auf die sozialökonomischen und psychosozialen Ursachen ging Birgit Rommelspacher (Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin) ein. Analog



Gandhi Chahine macht „Rap für Courage“. Fotos:Braun-Lacerda

der Argumentation vieler Eltern von rechtsextremistischen Jugendlichen vollziehe sich auch der öffentliche Diskurs: Rechtsextremismus werde zu einem Jugendproblem degradiert, das von der allgemeinen Desorientierung der Jugendlichen herrühre. Die Jugend

sei aber eigentlich unpolitisch, also handele es sich ja im Grunde „nur“ um ein soziales Problem. Rommelspacher räumte auch mit dem Vorurteil auf, Rechtsextremismus würde kausal mit Arbeitslosigkeit zusammen hängen. „Vielmehr sind Werte und Einstellungen entscheidend, nicht die sozialstrukturellen Gegebenheiten als solche.“ Oft seien die unkritischen Erzählungen der Großeltern Ausgangspunkt neonazistischer Karrieren. Zumeist seien es Außenseiter, die in einen Kreislauf sozialer Verarmung geraten, die getrieben werden von der „Sehnsucht nach Mitgefühl und Freundschaft.“ Sehr oft zu spät merkten sie, dass Rechtsextremismus in erster Linie „Erstarrung, Verengung, Verödung“ bedeute. Ansatzpunkt für die Pädagogik müsse sein, „es zu schaffen, dass sie auch die andere Seite sehen, die Widersprüche, die Brüche der Ideologie.“

„Ohnmachts-Erfahrung“

Christiane Tramitz (Stamberg), Autorin des Buches „Unter Glatzen“, machte ähnliche Erfahrungen. Ihre Studie, die auf Interviews mit verurteilten rechtsextremistischen Gewaltverbrechern beruht, macht deutlich, dass die Anfälligkeit für dieses Gedankengut schon in der Kindheit gelegt wird. „Trauer, Angst und Einsamkeit“ sowie die Erfahrung „physischer und psychischer Demütigung“ durch die Eltern führten zur zentralen „Ohnmachts-Erfahrung“. Die Gruppe hingegen steht für die Erfahrung, dass man Macht habe und überlegen sei. „Ideologie“, so Tramitz, „spielt bei den stark politisierten Rechtsextremisten eine wirkliche Rolle, über die Argumentation gegen die Ideologie kommt man an diesen harten Kern nicht heran.“

Netzwerke gegen rechts

Die „Sicht der Macher“ stand im Zentrum des Workshop-Blocks. Dabei stellten neun Organisationen und Initiativen ihre konkreten Projekte vor.

Das „Bündnis für Toleranz und Demokratie“ (www.buendnis-toleranz.de) ist so etwas wie eine Dachorganisation, die zum einen als Netzwerknotenpunkt für über 900 Gruppen agiert, zum anderen diese durch staatliche Förderprogramme unterstützt. „Rund 200 Millionen Euro“, so Reiner Schiller-Dickhut (Berlin), „wurden und werden allein im Programm ‚Civitas‘ zwischen 2001 und 2006 bereit gestellt, um zivilgesellschaftliche Strukturen zu schaffen und zu stützen.“ Das selbe Ziel verfolgt auch „Gesicht zeigen! – Aktion weltoffenes Deutschland e. V.“ (www.gesicht-zeigen.de), vorge stellt von Rebecca Weis (Berlin). Bereits mit mehreren Kinospots hat sich der Verein, der sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanziert, an „die schweigende Masse“ gewandt, daneben gibt es einen Medienkoffer sowie ein Musikpaket. Die neueste Idee heißt „Rent an immigrant“. Dabei gehen Immigranten in Schulen und versuchen durch die gezielte Vermittlung von Wissen über andere Kulturregionen Vorurteile abzubauen.

Die Gruppen und Initiativen, die sich in den Workshops präsentierten, verfolgen verschiedene Zielrichtungen: Ein breites Informationsangebot via Internet stellen die Macher von www.jugendschutz.net (Stefan Glaser, Mainz) zur Verfügung. Fridolin Wimmer (Gymnasium Vilshofen: „Rechtsradikale Musik im Unterricht“) und Bernhard Krohn (Berufsschule Passau: „Schule Ohne Rassismus – Schule Mit Courage“, schule@aktioncourage.org) setzen auf die Sensibilisierung und Immunisierung von Jugendlichen. Ebenfalls in die Schulen gehen Erich Schriever und Gandhi Chahine (Schwerpunkt), die Initiatoren von „Rap für Courage“ (www.rap-fuer-courage.de). Ziel ist es dabei, gefährdeten Jugendlichen durch die Erarbeitung von Rap-Songs und Filmen wieder Selbstvertrauen zu geben. Projekttag und Seminare zu interkulturellem Lernen und antirassistischer Bildung bieten die „Landesinitiative für Demokratie, Interkulturelle Verständigung und Antirassismus“ LIDIA Bayern (www.lidia-bayern.de).

Hierbei handelt es sich – so Silke Schuster und Jakob Ruster – „um ein Netzwerk mit Teilprojekten in München und Ingolstadt.“

Direkt um die Betroffenen in ihrem Umfeld kümmert sich Joachim Bischoff von der Streetworkerzentrale München. Er sucht immer wieder die Treffpunkte von Rechtsextremisten auf und versucht mit denjenigen, die noch nicht vollständig indoctriniert sind, ins Gespräch zu kommen und ihr Weltbild zu erschüttern. Einer, dem der Ausstieg



Joachim Bischoff versucht, mit Rechtsextremisten ins Gespräch zu kommen und ihr Weltbild zu erschüttern.

aus der rechtsextremistischen Szene gelang und der die Organisation „Exit Deutschland“ (www.exit-deutschland.de) vorstellte, ist Matthias Adrian (Berlin). „Exit“ ist eine Organisation, die sich darauf spezialisiert hat, Aussteigewillige zu unterstützen und ihnen die ersten Schritte außerhalb der Gruppe zu erleichtern.

Schwierige Erfolgskontrolle

„Sehr schwierig“, so Birgit Rommelspacher in ihren Bemerkungen über die Wirkung der Konzepte, „gestaltet sich die Erfolgskontrolle, da in Deutschland fast keine Evaluationsbegleitung herrscht.“ Ob die Konzepte, die mit sehr viel Engagement, Motivation und Kreativität voran getrieben werden, als sinnvoll einzustufen seien, hängt sehr stark von der Bewertung folgender Faktoren ab: Konzept-, Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität. Bei der Konzeptqualität beispielsweise ist nach der Zielgruppe (Täter – Opfer), den Methoden (Einzelfall – Gruppe) und den Inhalten (psychosozialer oder politischer Ansatz) zu fragen.

Die Komponenten der Strukturqualität (u.a. finanzielle und personelle Ausstattung) schlugen die Brücke zur Abschlussdiskussion, in der es um die Frage „Wie weiter?“ ging. Die Wortmeldungen kreisten dabei um folgende Themenbereiche:

a) **Vernetzung:** Durch die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit und den verbesserten Informationsaustausch zwischen den Initiativen und Gruppen könnte Konkurrenz um Ressourcen zwischen ihnen vorgebeugt und die Arbeit effizienter und flächen deckender gestaltet werden.

b) **Verstetigung:** Die Arbeit der Gruppen muss auf eine finanziell langfristig gesicherte Grundlage gestellt werden. Die ungesicherte finanzielle Zukunft der Projekte und der enorme bürokratische Aufwand zur Sicherung finanzieller Mittel nimmt sehr viel Zeit und Energie in Anspruch.

**„Politik und Gesellschaft haben mit dem Kampf gegen Rechtsextremismus erst richtig begonnen.
Niemand darf erwarten, dass es heute eine Kundgebung, morgen ein Förderprogramm und übermorgen die Erfolge gibt!“**

Bundestagspräsident
Wolfgang Thierse (2002)

c) **Motivation:** Generell ist die Motivation hoch. Immer wieder sind es die kleinen Erfolgserlebnisse, aus denen die Mitarbeiter Motivation schöpfen. Darüber hinaus wäre es aber zu begrüßen, dass die Aktiven durch die Öffentlichkeit mehr anerkannt würden. Natürlich ist es auch so, dass die ungesicherte persönliche Zukunft durch zeitlich befristete Verträge bei nicht wenigen Mitarbeitern motivationsmindernd wirke. Eine „gewisse Frustration“, so Erich Schriever ergänzend, „ist aber dann doch die Folge, wenn wie jetzt in Nordrhein-Westfalen durch die Schließung von 1000 Einrichtungen funktionierende Netzwerke zerstört werden.“

d) **Professionalisierung:** Um mehr Einfluss auf die Politik zu erreichen wurde dringend mehr und professionellere Lobbyarbeit angemahnt. Durch die Gründung eines Verbandes wäre es möglich, die Anliegen der Gruppen und Initiativen mit erheblich mehr Nachdruck zu vertreten.

Abschließend wurde von vielen Teilnehmern der Wert der Veranstaltung als Informationsbörse hervorgehoben, aber auch ihr Beitrag zur Stärkung der Motivation für die zukünftige Arbeit.

■ *Manfred Schwarzmeier*

Schreibwerkstatt mit Lutz Rathenow

Lutz Rathenow, der prominente Schriftsteller und ehemalige DDR-Bürgerrechtler, leitete einen mehrtägigen Workshop für kreatives Schreiben. Eine erfreulich große Zahl von Lehrkräften wollte sich diese Premiere im Akademieprogramm nicht

konkreten Umsetzung des kreativen Schreibens im Unterricht. Aus seiner reichen praktischen Erfahrung stellte der Autor verschiedene didaktische und methodische Varianten zur Diskussion, die den Schülern Freude beim Schreiben vermitteln können.



Lutz Rathenow: mit praktischen Erfahrungen Freude am Schreiben vermittelt.

entgehen lassen. Mit Rathenow schrieben, diskutierten und bewerteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Prosa-Texte und Gedichte. Sie befassten sich auch mit der Frage nach einer

Auf großes Interesse bei den Lehrern und Lehrerinnen stießen die den Workshop begleitenden Zeitzeugenberichte des ebenfalls in der Nähe von Berlin lebenden Schriftstellers Joachim Walther über Zensur, Unterdrückung und Verfolgung unangepasster Dichter und Schriftsteller in der Zeit der SED-Herrschaft sowie dessen Forschungsresultate über die Durchdringung der Literaturszene vor allem in Ost-Berlin durch Stasi-Spitzel und Dichter-Funktionäre. Ausführlich schilderten Lutz Rathenow und Joachim Walther ihre eigenen Erfahrungen als Schriftsteller im Visier von Partei und Geheimdienst.

Die Tagung wurde gemeinsam mit der Dillinger Akademie für Lehrerfortbildung organisiert. ■

JW

(Siehe auch Pressestimmen Seite 37)

Linktipps

www.buendnis-toleranz.de
www.gesicht-zeigen.de
www.jugendschutz.net
schule@aktioncourage.org
www.rap-fuer-courage.de
www.lidia-bayern.de
www.exit-deutschland.de



Kreative Pause beim kreativen Schreiben mit Lutz Rathenow (links im Vordergrund).

Reformen nach dem Pisa-Schock

Das deutsche Schulsystem im internationalen Vergleich

Nach dem schlechten Abschneiden der deutschen Schüler bei den internationalen Vergleichsstudien TIMSS und PISA war die deutsche Bildungspolitik in Bund und Ländern alarmiert. Was machen die anderen besser und wo können wir etwas lernen? Inwiefern lassen sich erfolgreiche Modelle in EU-Nachbarstaaten wie Finnland oder den Niederlanden auch in Deutschland verwirklichen? Ist die Ganztagsschule die richtige Antwort auf die Bildungsdefizite unserer Schülerinnen und Schüler? Und wie ist es in diesem Zusammenhang um die Zukunft der politischen Bildung bestellt? Diese und andere Fragen standen im Zentrum einer Fachtagung in Kooperation mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für politische Bildung und dem Bayerischen Philologenverband Bezirk Oberbayern.

Gundel Schümer vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin gab einen Überblick über die verschiedenen Schülerstudien und deren Ergebnisse, die seit den 60er Jahren bis heute durchgeführt wurden und an denen die Bundesrepublik bzw. einzelne Bundesländer beteiligt waren. Sie ging auf die TIMSS-Studie ein, die sich mit den Bereichen Mathematik und Naturwissenschaften beschäftigt. Hier habe sich gezeigt, dass die ersten Ränge durchweg von ostasiatischen Ländern – und dies in sämtlichen Schultypen – besetzt wurden, während die bundesdeutschen Schüler einzig in den Gymnasien einigermaßen mithalten konnten. Insgesamt lagen die deutschen Schüler im 3. Viertel, abgesehen von den Hauptschulen, die in dieser Studie noch schlechter abgeschnitten hätten. In der PISA-Studie des Jahres 2000 seien die Leistungen im Fach Mathematik von insgesamt 5400 Schülern an 150 Schulen aus 28 Nationen untersucht worden.

Die Gründe für das bekannte schlechte Abschneiden der deutschen Schüler sieht Schümer im Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Leistung. Ein weiterer Punkt sei das Leseverhalten der deutschen Jugendlichen: 40 Prozent der Jugendlichen in Deutschland lesen nie zu ihrem Vergnügen – ein erheblicher Unterschied zu anderen Ländern. Der Einfluss der hohen

Zahl von Kindern mit Migrationshintergrund in Deutschland sei auch keine Entschuldigung. Rechne man die Migrantenkinder heraus, so verbessere sich das deutsche Ergebnis lediglich



Gundel Schümer: „Die hohe Zahl der Schüler in Deutschland mit Migrationshintergrund war bei PISA irrelevant.“

von Platz 21 auf Platz 18 und sei somit bei insgesamt 28 Teilnahmeländern als irrelevant einzustufen. Das Argument, das Ergebnis sei durch eine gezielte Vorbereitung der Schüler durch ihre jeweiligen Lehrkräfte in den einzelnen Teilnahmeländern verfälscht worden, widerlegte Schümer durch den Hinweis auf die regelmäßigen unangekündigten Kontrollen zur Sicherstel-

lung einer korrekten Durchführung der Untersuchung.

Sprach- und Lese-kompetenz verbessern

Über „Reformansätze in der bayerischen Schulpolitik“ sprach Ulrich Ebert vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Der Blick müsse in Zukunft vor allem auf die Unterrichtsergebnisse gerichtet sein anstatt auf Rahmenbedingungen



Ulrich Ebert: Nicht genug Geld für die Einführung der Ganztags-schule.

Fotos: Macher

und Unterrichtsprozesse. Deshalb sei es nötig, Standards und eine stärker ergebnisorientierte externe Evaluation an den Schulen einzuführen. Andererseits müsse man den Schulen – und hier vor allem den Gymnasien, die in Bayern bislang am stärksten reguliert sind – mehr Freiräume einräumen. Als direkte Reaktion auf PISA habe die Kultusministerkonferenz im Dezember 2001 Reformvorschläge für sieben Bereiche formuliert. So müsse die Sprach- und Lesekompetenz der Schüler verbessert werden, Schule und Vorschule müssten enger miteinander verzahnt werden, benachteiligte Kinder stärker gefördert werden, Qualitätssicherung stattfinden, die Lehrer besser

ausgebildet und Ganztagsangebote ausgebaut werden. Dabei würden die Bereiche Qualitätssicherung, inner-schulische Autonomie, Verbesserung der Lehrerausbildung und Intensivierung der Fortbildung sowie der Ausbau der Individualförderung die Reformschwerpunkte der Bayerischen Staatsregierung bilden.

Fortbildungs-verpflichtung

Im Bereich der Qualitätssicherung sei geplant, sogenannte „Evaluations-teams“ einzusetzen, die „auf Augenhöhe mit den Schulen zusammenarbeiten“ sollen. Diese Teams würden sich aus Schulfachleuten, aus Vertretern der Wirtschaft und Elternvertretern zusammensetzen.

An dieser Stelle äußerten einige Tagungsteilnehmer die Befürchtung, dass „Leute in die Schule hereingeholt werden, die damit nichts zu tun haben“ und fragten Ebert, ob man sich im Ministerium „die gläserne Schule“ wünsche. Ebert versuchte, diese Bedenken mit dem Verweis auf die intensive Auswahl und Schulung der Mitglieder solcher Teams zu zerstreuen. Es gehe um Rechenschaft und Transparenz.

Zum Bereich der innerschulischen Autonomie stellte Ebert dann das Modellprojekt MODUS 21 vor, in dessen Rahmen derzeit 37 Schulen mehr Selbstständigkeit erproben, mit dem Ziel, die fachlichen und pädagogischen Leistungen zu verbessern. Zentrale Punkte seien in diesem Zusammenhang Qualität von Unterricht und Erziehung, Personalmanagement und Personalführung, inner- und außerschulische Partnerschaften sowie Sachmittelverantwortung.

Die Lehreraus- und fortbildung solle dahingehend verbessert werden, dass neben der Erhöhung des Praktika-Anteils im Lehramtsstudium und der Erweiterung der erziehungswissenschaftlichen Studien eine Fortbildungsverpflichtung im Umfang von 12 Tagen innerhalb von vier Jahren eingeführt wird.

Gegen frühere Einschulung

Entgegen den kursierenden Gerüchten sei die Staatsregierung „strikt gegen eine Einschulung mit vier oder fünf Jahren“. Geplant sei lediglich eine „Verlegung des Stichtages, so dass die Kinder in Zukunft in der Regel im Alter von sechs Jahren eingeschult“ würden. Weitere zentrale Punkte der Individual- und Frühförderung bildeten die Verzahnung von Kindergarten und Grundschule, Fremdsprachenunterricht bereits in der Grundschule und ein Ausbau der Migranten-, aber auch der Hochbegabtenförderung. Im Moment gebe es 480 Schulen mit Ganztagsangeboten. Eine generelle Einführung der Ganztagschule sei in Bay-

im Mai 2003 eine Reise nach Helsinki, auf der sich die Teilnehmer über das finnische Schul- und Bildungssystem informierten. Eva Post von der Dillinger Akademie berichtete von ihren Erfahrungen in Finnland. Das finnische Schulsystem habe sich bis 1968 (!) am deutschen gegliederten System orientiert, dieses dann jedoch zu Gunsten einer integrierten Gesamtschule abgeschafft. Im Alter von 7 Jahren eingeschult, bleiben die Schüler von Jahrgangsstufe 1 bis 9 zusammen in der gleichen Schule, dann erst wechseln sie entweder in die gymnasiale Oberstufe (55 Prozent) oder in die Berufsschule (45 Prozent). Privatschulen gäbe es in Finnland nur etwa 30, meist Waldorfschulen oder konfessionelle Schulen. Die geltende Philosophie an finnischen Schulen laute: „Jeder ist willkommen, jeder gehört dazu, jeder hat andere Fähigkeiten und niemand ist überflüssig“. Das bedeutet, dass Behinderte selbstverständlich integriert werden, natürlich mit spezieller sonderpädagogischer Betreuung. Eigene Schulen gibt es für sie in der Regel nicht, mit Ausnahme der Blindenschulen. Das Verhältnis Schüler – Lehrer sei eher freundschaftlich, der Kontakt mit den Eltern sehr eng. Der Beruf des Lehrers genießt in Finnland im Vergleich zu Deutschland ein sehr hohes soziales Ansehen. Dies wiederum wirke sich natürlich auch positiv auf Disziplin und Präsenz der Schüler aus, so Post. Die Gründe für den Erfolg Finlands könne man also eher im gesellschaftspolitischen Bereich suchen, da die materielle Ausstattung der Schulen in der Regel der deutschen Schulen entspricht bzw. oft auch darunter liegt.



Eva Post: Die finnische Schulphilosophie: Jeder gehört dazu, niemand ist überflüssig.

ern aber nicht geplant. Wohl aber würden Ganztagsangebote bzw. Ganztagsklassen bis 2006 – kontinuierlich und am örtlichen Bedarf orientiert – ausgebaut. Dafür stünden 300 Millionen Euro zur Verfügung. Es gebe nicht genügend Geld für die generelle Einführung der Ganztagschule, deshalb müsse man Schwerpunkte setzen.

Vorbild Finnland

Ein Land, in dem Schule laut PISA sehr viel besser funktioniert als in Deutschland, ist der nördliche EU-Partner Finnland. Deshalb organisierte die Dillinger Akademie für Lehrerfortbildung

Geringe Toleranz

Über den „Stand der politischen Bildung in Deutschland im internationalen Vergleich“ informierte Detlef Oesterreich vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Anhand der CIVIC-Studie, die sich einerseits mit der Analyse und den Zielsetzungen politischer Bildung beschäftigte und andererseits Kenntnisse, Kompetenzen, Einstellungen und Handlungsbereitschaft von Jugendlichen in der Sekundarstufe I zu vergleichen hatte, zeichnete Oesterreich ein eher düsteres Bild

der Lage in der Bundesrepublik. So beziehen die deutschen Schüler ihre politischen Kenntnisse überwiegend aus dem Fernsehen. Sie liegen im Bereich des politischen Wissens und des Interesses an politischen Themen zwar noch im internationalen Durchschnitt, im Bereich der politischen Handlungsbereitschaft in sämtlichen Kategorien (z. B. Wählen gehen oder soziales politisches Engagement) aber unter bzw. weit unter dem Durchschnitt. Ebenso sei die Toleranz gegenüber Migranten weit unterdurchschnittlich, kombiniert allerdings mit einer ebenso starken negativen Einstellung gegenüber der eigenen Nation. Dies sei eine deutsche Spezialität. In anderen untersuchten Ländern zeigten die Menschen mehr Stolz auf die eigene Nation und gleichzeitig seien Menschen aus anderen Ländern willkommener.

Laut CIVIC engagieren sich 79 Prozent der deutschen Jugendlichen lieber in einem Sportverein als in einer Schülervertretung (13 Prozent) oder in einer Menschenrechtsorganisation (2 Prozent). Eine der Ursachen für diese Ergebnisse sah Österreich in der Tat sache, dass soziales Lernen in Deutschland im Unterricht kaum geübt werde, was eine mangelnde Handlungsbereitschaft in politischen oder sozialen Bereichen nach sich zöge. Das deutsche Schulsystem zähle in der Welt nicht zuletzt aufgrund dieser Tatsache zu den „Exoten“.

Generalistenkompetenz

Tagungsleiter Peter Hampe sprach über die Reform des Kerncurriculums Politik/Sozialkunde in der gymnasialen Oberstufe. Die Kommission Politik/Sozialkunde, in der er selbst mitgearbeitet hat, habe sich auf eine Reihe von Empfehlungen verständigen können. So sollen die bisherigen unterschiedlichen und missverständlichen Bezeichnungen wie Sozialkunde oder Gemeinschaftskunde nicht weiter verwendet werden. Das Fach sollte in Zukunft unter der Bezeichnung „Sozialwissenschaften“ geführt werden. Weiterhin sollten die Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung (EPA) beibehalten, jedoch in weiten Teilen konzeptionell weiterentwickelt werden. Um das Fach Sozial-

wissenschaften auch als Ankersfach sozioökonomischer Allgemeinbildung zu profilieren, sei die Schaffung eines integrierten sozialwissenschaftlichen Studiengangs erforderlich, der den Erwerb einer Generalistenkompetenz ermögliche. Als Bildungsziel solle weiterhin am Leitbild des mündigen Bürgers festgehalten werden, das sich

jedoch nicht auf die Rolle des Staatsbürgers verengen dürfe, sondern auf den Erwerb von Demokratiekompetenz ziele. Diese Kompetenz diene vor allem auch dazu, fehlerhaftes Politikverständnis im Alltag, wie z. B. die Vorstellung vom völligen Gewaltverzicht oder die totale Mehrheitsregel, zu korrigieren. ■

David Braun-Lacerda

Nachgehakt und nachgefragt Breites Themenspektrum beim Interviewtraining für junge Journalisten

Peter Maffay war in einer ungewohnten Rolle zu erleben: der Rockmusiker sprach einmal ganz privat über seine Rolle als Vater. Und Marie-Luise Schultze-Jahn – einst Mitglied der „Weißen Rose“ und vom Volksgerichtshof zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt – schilderte ihr Engagement für die Aktion „Stolpersteine“.

Diese Gedenkplatten erinnern vor Wohnhäusern auf dem Bürgersteig an die von den Nazis von dort verschleppten Juden. Beide Gespräche forderten von den Interviewern Sensibilität und Einfühlungsvermögen: beides ist auch Lernziel beim Interviewtraining für junge Journalisten. Unter Leitung von Susanne Sturm (mdr-Fernsehen) probten Volontäre von Tageszeitungen den richtigen Umgang mit Gesprächspartnern für die professionelle Informationsgewinnung. Denn Journalisten spielen im Prozess der politischen Kommunikation eine zentrale Rolle. Nur nachfrager, recherchierender Journalismus bringt Widersprüche



Marie-Luise Schultze-Jahn: Mitglied der „Weißen Rose“.

Foto: Hofer



Rockmusiker Peter Maffay sprach über sein soziales Engagement bei der „Tabaluga-Kinderstiftung“.

Foto: Schröder

und Ungereimtheiten ans Tageslicht. Nur wer nachhakt und nachfragt, kann Skandale aufdecken. Gute inhaltliche Vorbereitung auf Themen, richtiges Fragen und sicheres Auftreten sind Voraussetzungen für erfolgreiche journalistische Arbeit.

Das Themenspektrum war wieder breit gespannt: Neben Peter Maffay und Marie-Luise Schultze-Jahn standen auf der Agenda des Seminars: die Aktionen von ver.di gegen Mobbing und Arbeitsbedingungen im Einzelhandel (Dagmar Rüdenburg) und die nach wie vor aktuelle Arbeit des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes (Klaus Mittermaier). Dagmar Karl informierte über ehrenamtliches Engagement und Hilfe für Bedürftige bei der „Tölzer Tafel“. Jürgen Piechotka erzählte aus seinem Leben als Doppelgänger von Gerhard Schröder und Tobias Hollitzer erinnerte als Zeitzeuge an die friedliche Revolution im Herbst 1989 in der DDR. Kabarettist Jürgen Kirner (Couplet-AG) ließ sich entlocken, wie sich der Wandel vom CSU-Geschäftsführer zum Spötter und Satiriker vollzieht. ■

MS

Neu im Kollegium:

Herausforderung Internationale Politik

Saskia Hieber kommt von der Stiftung Wissenschaft und Politik nach Tutzing

Am 1. März nimmt die neue Assistentin Saskia Hieber ihre Arbeit in der Akademie auf und betreut das Arbeitsgebiet der Internationalen Politik. Wir stellen die 36-jährige Politikwissenschaftlerin im Gespräch vor.

Report: Frau Hieber, von welcher Institution kommen Sie zu uns nach Tutzing?

Hieber: Ich komme von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Die Stiftung war früher in Ebenhausen bei München. 2001 sind wir in die Hauptstadt umgezogen.

Wie darf man sich die Arbeit der Stiftung vorstellen?

Die SWP ist eng an die Bundesregierung angebunden und arbeitet als Forschungs- und Beratungsinstitution in erster Linie für das Auswärtige Amt, das Bundeskanzleramt und den Bundestag.

Meine Aufgabe als Forschungsassistentin war die Recherche, zu verschiedenen aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Themen Aufsätze und Berichte zu schreiben und Konferenzen zu managen.

Sie haben also auch schon mit Tagungen und Seminaren Erfahrungen sammeln können?

Wir hatten eine sehr große Afghanistan-Konferenz und wir haben regelmäßige Konferenzen mit dem Verteidigungsministerium und internationalen Institutionen. Tutzing bietet mir die Möglichkeit, stärker konzeptionell zu arbeiten und neue Themen aus dem Bereich Internationale Politik für den Bereich der politischen Erwachsenenbildung zu erschließen. Hierzu sollen auch neue Gruppen als potentielle Tagungsgäste gefunden werden.

In welchem Bereich der Stiftung haben Sie bislang gearbeitet?

Ich habe in den Forschungsgruppen Amerika und Asien gearbeitet. Diese Regionen sind in wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Hinsicht zunehmend verbunden und werden auch für

europäische Außenpolitik immer wichtiger. Von meiner Ausbildung her bin ich Ostasienkundlerin und Politikwissenschaftlerin.

Wo haben Sie studiert?

Ich habe in München am Geschwister-Scholl-Institut und am Ostasien-Institut studiert und hatte ein Stipendium an der London University, School of Oriental and African Studies (SOAS).



Saskia Hieber

Sie haben Ihre Dissertation 2003 bei Prof. Opitz über chinesische Energiepolitik geschrieben und alle Prüfungen sehr erfolgreich bestanden. Wann dürfen wir Sie Frau Dr. Hieber nennen?

Wenn ich alle Vorschriften über die Publikation meiner Arbeit erfüllt habe.

Wo sehen Sie die Unterschiede zwischen Ihrer alten und der neuen Tätigkeit?

Mein asien- und sicherheitspolitisches Arbeitsgebiet wird sich verbreitern. Ich möchte mich verstärkt mit Wirt-

schafts- und Handelspolitik beschäftigen. Und ich werde mir überlegen, wie man neue Teilnehmer- und Zielgruppen ansprechen kann.

Was halten Sie für die herausragendsten Themen auf dem Gebiet der Internationalen Politik in der näheren Zukunft?

Das Thema Regionalismus wird im asiatischen Raum eine stärkere Rolle spielen. Die vielversprechendsten Antworten auf wirtschafts- und sicherheitspolitische Herausforderungen können durch intraregionale Kooperation entstehen. In Bezug auf internationale Sicherheit müssen wir uns von eingefahrenen Bedrohungsszenarien – insbesondere auf China bezogen – verabschieden. Auch werden sich neue wirtschaftspolitische Entwicklungen in den internationalen Beziehungen auf die regionalen Machtverhältnisse auswirken und Rückwirkungen für Europa haben. Das neue große Thema ist wirtschaftliche Sicherheit. Wir müssen uns von engen sicherheitspolitischen Fragestellungen verabschieden und sehr viel mehr Handel und Wirtschaft einbeziehen. Handelspolitik ist z.B. ein Hauptgrund für transatlantische Spannungen. Die wirtschaftspolitische Vernetzung und die Notwendigkeit, ein stabiles Wirtschaftssystem zu stärken, insbesondere in den Schwellenländern, machen es gar nicht anders möglich, als Kooperation zu fördern. Internationale Beziehungen bestehen nicht nur aus Konflikt und Konfrontation, sondern werden auch durch kooperative Strukturen geprägt.

Fällt es Ihnen schwer, von Berlin wegzugehen?

Einerseits, andererseits. Die Hauptstadt mit ihrer Nähe zu politischen Institutionen und zur Administration erleichtert die Arbeit. Die Wege sind kürzer, die Kommunikation direkter. Man sieht sich bei den verschiedenen Gelegenheiten und Veranstaltungen.

Was treibt Sie jetzt nach Bayern?

Nach einigen Jahren in einem außen- und sicherheitspolitischen Forschungsinstitut möchte ich meine Kompetenz verbreitern und mich in einem neuen Arbeitsgebiet qualifizieren. Die Politische Akademie ist mir seit meiner Schulzeit in Bayern ein Begriff gewesen. Ich freue mich sehr, zukünftig in

einer so wichtigen Einrichtung der politischen Bildung zu arbeiten. Außerdem ist natürlich die Lage am Starnberger See ein großes Kapital.

Sie kommen aus Bayern?

Ich bin in Murnau – ganz in der Nähe von Tutzing – aufgewachsen und ken-

ne natürlich den Starnberger See vom Segeln und Surfen. Und ich freue mich sehr, zu „meinen“ Bergen und Seen zurückzukommen. ■

Die Fragen stellte Michael Schröder

Doppelte Kompetenz

Steffen H. Elsner (40) ist der neue Dokumentar in der Akademie

Report: Herr Elsner, Sie arbeiten bei uns in der Bibliothek – haben Sie Bibliothekar gelernt?

Elsner: Ich bin kein „homo bibliothecarius“ der klassischen Art, sondern wissenschaftlicher Dokumentar. Diese Ausbildung umfasst auch Teile des Bibliothekswesens.

Was kann sich der Nicht-Fachmensch unter der Arbeit eines Dokumentars vorstellen?

Wissenschaftliche Dokumentare sind Informationsspezialisten. Ihre Aufgabe besteht im Wesentlichen darin, Informationssysteme zu entwerfen, zu gestalten und zu organisieren, Informationen zu filtern, aufzubereiten und bedarfsgerecht zu vermitteln. Sie wirken damit an der Schnittstelle zwischen moderner Technik und Nutzerbedarf.

Wer wird in der Akademie von Ihrer Qualifikation profitieren?

Ich hoffe alle. In erster Linie der Direktor und das Kollegium. Aber auch die Tagungsgäste, wenn das sinnvoll und notwendig ist.

Was packen Sie als erstes an?

Ganz oben auf der Tagesordnung steht die Konsolidierung des gesamten Bibliotheksbetriebs. Wir werden mit einer neuen Software die alten Datenbestände des Katalogs digitalisieren und damit integrieren. So wird die Online-Recherche und -Bestellbarkeit des gesamten Bibliotheksbestands möglich. Diese Aufgabe wird dem gesamten Bibliotheksteam einiges abverlangen.

Wo haben Sie vorher gearbeitet?

Zuletzt war ich im Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Dokumentar ist Ihre zweite Ausbildung. Was haben Sie davor studiert?

Ich bin gelernter Politikwissenschaftler und das sehr gerne. Leider ist das in den letzten fünf Jahren etwas in den Hintergrund getreten. Deswegen bin ich auch so glücklich, in Tutzing gelandet zu sein. Ich kann hier meine Kernkompetenz wieder mehr zum Standbein machen. Und ich freue mich sehr, in der Akademie von allen sehr herzlich und offen aufgenommen worden zu sein.

Was reizt Sie besonders an der Arbeit in der Akademie?

Die Arbeitsfelder der Akademie kommen meinen Neigungen sehr entgegen. Zudem kann ich meine beiden fachlichen Kompetenzen hier gut einbringen. Es ist alles sehr abwechslungsreich und interessant.

Wo stammen Sie her?

Ich bin in Bielefeld geboren und kam im zarten Knabenalter nach Niederbayern. Abitur und Studium habe ich dort absolviert. Das Bayerische habe ich mir allerdings abgewöhnt, als ich 1993 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an die TU nach Dresden ging. Aber hin und wieder schimmert der eine oder andere bayerisch-barocke Ausdruck noch durch. Wir leben gerne in Bayern.



Steffen H. Elsner

Sie sagen „wir“. Es gibt also eine Familie?

Ja, die gibt es. Meine Frau und ich haben zwei Töchter und einen Sohn. Sie leben im Rottal und müssen während der Woche den Mann und Vater entbehren. Wir leben dort ganz dörflich in einer 700-Seelen-Gemeinde. Ich als Großstadtkind fand es immer erstrebenswert, die Kinder am Land aufzachsen zu lassen.

Zieht die Familie irgendwann in die Nähe der Akademie?

Die Frage stellt sich. Wir brechen nichts übers Knie. Da ist zum einen die Schulpflicht der Kinder; zum anderen: meine Frau ist selbstständig und hat sich eine eigene Existenz aufgebaut. Aber der Gedanke an einen Umzug in diese wunderschöne Gegend hat durchaus Reiz und Charme. ■

*Das Gespräch führte
Michael Schröder*



**Siegfried Suckut, Jürgen Weber (Hrsg.)
Stasi-Akten zwischen Politik und Zeitgeschichte
Eine Zwischenbilanz**
München, Olzog Verlag, 2003, ISBN 3-7892-8135-2
338 S., Euro 19,80

Als im Herbst 1989 in der DDR beherzte Frauen und Männer auf die Straße gingen und die friedliche Revolution wagten, war eine ihrer wichtigsten Forderungen die Entmachtung des Staatssicherheitsdienstes und die Öffnung seiner Akten. Insbesondere für die heimlich Observierten und politisch Verfolgten sollten sie zugänglich sein. Während die Entmachtung erstaunlich schnell gelang, dauerte es noch viele Monate, bis der Bundestag Ende 1991 das Stasi-Unterlagen-Gesetz verabschiedete. In dem vorliegenden Band wird versucht, die weithin unbekannte oder in Vergessenheit geratene Entstehungsgeschichte der Aktenbehörde zu rekonstruieren und eine Zwischenbilanz ihrer Arbeit zu ziehen. Dabei geht es nicht darum, einen umfassenden Tätigkeitsbericht der Behörde zu verfassen, das geschieht regelmäßig und an anderer Stelle. Exemplarisch veranschaulicht werden soll, welche gesellschaftliche Bedeutung, welchen Nutzen die Aktenöffnung hatte.

<i>Die Autoren:</i>	Johannes Beleites	Joachim Gauck	Bernhard Jahntz	Lutz Rathenow
	Marianne Birthler	Jens Gieseke	Helmut Müller-Enberg	Siegfried Suckut
	Harald Both	David Gill	Ehrhart Neubert	Wolfgang Ullmann
	Roger Engelmann	Jochen Hecht	Jörg Pietrkiewicz	Jürgen Weber

**Günther Heydemann / Heinrich Oberreuter (Hrsg.)
Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte**
Bundeszentrale für politische Bildung
Schriftenreihe Band 398, 591 S.

Der Vergleich von NS- und SED-Diktatur ist eines der umstrittensten Forschungsgebiete der modernen Zeitgeschichte. Dass eine komparative Untersuchung beider Regime erkenntnisreich und produktiv sein kann, zeigt der vorliegende Band. Hier wird nicht nur eine neue Methode des Vergleichens entwickelt, sondern diese auch mit aktuellen Forschungsergebnissen belegt. Ausgehend von der Tatsache, dass Vergleichen nicht Gleichsetzen heißt, werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Diktaturen herausgearbeitet. Dabei stehen verschiedene Bereiche im Mittelpunkt: „Machtetablierung und Herrschaftsalltag“, „Justiz, Repression und Geheimdienste“, Erziehung und Bildung“, „Gewerkschaften und Betriebe“, „Medien und Öffentlichkeit“ sowie „Kirche, Bürgertum und Vereinswesen“. Die Einzelstudien untersuchen auf einer sektoralen Ebene bestimmte Segmente beider Herrschaftssysteme. Durch die konsequente Anwendung konkreter Kriterien entsteht eine Vergleichsgrundlage, die neue Erkenntnisse über das Wesen von Diktaturen ermöglicht. Die sachlichen Ergebnisse widersprechen dabei der polemischen Behauptung einer „Nicht-vergleichbarkeit“ von NS- und SED-Diktatur.





Die Autoren dieses Bandes:

Hans Arnold	Reinhold Bocklet
Rudolf Dumont du Voitel	Markus Ferber
Claus Giering	Michael Jörger
Jochen Kubosch	Michael Piazolo
Stefan Rappenglück	Raymond Saller
Rainer Schwarzer	Joachim Würmeling
Konrad Zumschlinge	

Michael Piazolo (Hrsg.)

Bürger für Europa

Festschrift zum 50-jährigen Bestehen der Europa-Union

Akademischer Verlag 2003, 230 S., Euro 5,-

*Zu beziehen bei: Michael Piazolo, Pognerstr. 21,
81379 München, Fax-Nr. 089/7259967*

Was kann Europa, was können die Mitgliedstaaten, die Verbände, die Bürger tun, um die EU „näher“ an die Menschen zu bringen? Dies ist die zentrale Frage, mit der sich das vorliegende Buch beschäftigt. Untersucht wird, inwieweit das Leitbild vom „Europa der Bürger“ in der rauen Alltagswelt der EU Realität geworden ist. Raum wird gegeben für Vergangenheitsbetrachtungen, Gegenwartsanalysen und Zukunftsvisionen, die gleichermaßen Geschichte, Aufgabenstellung und Zielsetzung der Europa-Union München in ihrem 50-jährigen Wirken spiegeln.

Der besondere Reiz dieses Buches liegt darin, dass es Beiträge aus der Feder von Politikern, Wissenschaftlern, Verwaltungsbeamten, Erwachsenenbildnern und Verbandsfunktionären in sich vereint. Inhaltlich vertieft behandelt werden u.a. die Themenfelder: EU-Verfassung, Demokratiedefizit, Subsidiaritätsprinzip, Unionsbürgerschaft, Kommunikation sowie europa-politische Bildung und Jugendarbeit.

Der Herausgeber:

*Michael Piazolo, Bezirksvorsitzender der Europa-Union München,
Dozent an der Akademie für Politische Bildung, Tutzing,
Privatdozent an der Universität Augsburg*

Heinrich Oberreuter, Michael Piazolo (Hrsg.)

Global denken

Die Rolle des Staates in der internationalen Politik zwischen Kontinuität und Wandel

Akademiebeiträge zur politischen Bildung, Band 33,

Olzog Verlag, München 2001, 280 S., 22,50 Euro

ISBN 3-7892-8057-7

Brigitte Weiffen, Universität Bonn in:
WeltTrends Nr. 39. Sommer 2003-09-11

.... Den zahlreichen Facetten des Themas gerecht werdend, ist das Buch interdisziplinär ausgerichtet. Im ersten Teil kommt neben der vorherrschenden juristischen und staatswissenschaftlichen Perspektive auch ein Moraltheologe zu Wort, im zweiten Teil dominieren ökonomische Ansätze, wohingegen zur Thematik des dritten Teils fast ausschließlich Politikwissenschaftler, aber auch ein Philosoph Stellung nehmen. In der Interdisziplinarität, die unterschiedliche Sichtweisen auf das Problem ermöglicht, liegt eine bemerkenswerte Besonderheit und Stärke des Buches. Allerdings geht dies auch mit einer großen Heterogenität der Beiträge einher, nicht nur inhaltlich, sondern auch formal – kurze, übersichtsartige

Aufsätze stehen neben wissenschaftlichen Abhandlungen, versehen mit umfangreichem Anmerkungsapparat. Diese Tatsache hat zur Folge, dass die Lektüre als grundlegendes oder einführendes Werk zum Thema Globalisierung nur eingeschränkt empfehlenswert ist – für solche Zwecke sollte der Leser lieber auf ein systematisch durchkomponiertes Werk zurückgreifen. Wer sich jedoch speziell mit den Auswirkungen des Phänomens Globalisierung auf den Nationalstaat befasst oder sich aufbauend auf früherer Beschäftigung mit der zunehmenden Internationalisierung neue intellektuelle Anregung und Stoff zum Nachdenken und Diskutieren erhofft, der liest diesen Sammelband mit viel Gewinn.“

Christoph Roth in:
Geschichtswerkstatt Jena IV/2003:

Richtiges DDR-Bild

Genaue Widerspiegelung dessen, was die DDR nicht war

Das Ende der Deutschen Demokratischen Republik 1989/90 hat einen bislang einmaligen Vorgang ausgelöst, um den uns die Gesellschaften in den anderen Ex-Diktaturen des einstigen Ostblocks mehr oder minder beneiden. Durch die Offenlegung der Akten des Staatssicherheitsdienstes kann die Zeitgeschichtsforschung bei der Durchleuchtung und Kommentierung der SED-Diktatur auf zahlreiche Quellen zurückgreifen, die nahezu jede Einzelheit bis in den privaten Alltag der Menschen belegen. Und gerade letzteres ist umso wichtiger, als längst der Prozess der Verklärung und Verdrängung eingesetzt hat. Doch diesem Phänomen können Historiker und Publizisten nun beweiskräftig begegnen. ...

... Der vorliegende Band vereint zwölf Aufsätze und Betrachtungen zu „Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur“ (so der Untertitel) aus vier Jahrzehnten. Er ist bestens geeignet, eben den Schein und die Normalität der DDR plastisch vor Augen zu führen – der Schülergeneration vor allem, die jetzt ihr Abitur macht und die (sie weiß es allerdings nicht mehr) sich damals freute, demnächst als Jungpionier das ABC zu lernen. Die Gleichaltrigen des Westens haben andere Kindheitserfahrungen, aber viele wollen dennoch wissen, was in der DDR geschah.

Sie alle (Ost und West) sollten den „Schein der Normalität“ lesen. Vollnhals erzählt von Denunziation und Strafverfolgung im Auftrag der Partei. Achim Beyer geht auf den Widerstand der Werdauer Oberschüler (1951) ein und wendet sich in seiner Darstellung eben an jene angesprochene Generation, Zivilcourage einfordernd. Thomas Auerbach beschreibt die perfiden Methoden der Staatssicherheit, Jugendliche ins Visier zu nehmen und als Spitzel zu gewinnen. Die Verfolgung der Zeugen Jehovas wird von Annegret und Hans Hermann Dirksen beleuchtet, während Baldur Haase an einem Musterbeispiel aus dem einstigen DDR-Bezirk Gera das Lieblingskind der SED-Kulturpolitik, die Volkskunst, als Posse regelrecht vorführt. Ines Geipel demonstriert das „Sportwunder DDR“, Bernd Eisenfeld vermittelt anschaulich die Hintergründe von Flucht und Ausreise aus der DDR.

Die anderen (hier allgemein bekannten) Autoren heißen: Stefan Wolle, Annette Kaminsky, Peter Skyba, Joachim Walther, Edmund Käbsch. Zusammen tragen sie alle ihre persönlichen Erfahrungen und Details ihrer Forschungen in ein Prisma, das nicht bricht, sondern bündelt. Die sich mit der DDR-Historie intensiv befassen, werden daher nur wenig Neues entdecken. Interessant ist indes die Zusammenstellung:

Clemens Vollnhals/Jürgen Weber (Hrsg.):
Der Schein der Normalität.
Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur
Olzog Verlag, München 2002, 456 Seiten, 19,50 Euro

Die Autoren (samt ihren beschriebenen Schicksalen) und die Themen spiegeln genau das wider, was die DDR eben nicht war. Sie schien ganz normal. Zwar stand in dieser Diktatur nach einer gängigen SED-Lösung der „Mensch im Mittelpunkt“, doch zweifellos nur, um ihn von allen Seiten beobachten und lenken zu können. Viele vermissen heute diese Fürsorgepflicht des Staates und vergessen dabei (oder wollten und wollen bis heute nicht wahrhaben), dass sie – wenn sie so funktionierten, wie es die Partei befahl – auch nur Rädchen im Getriebe waren und es am Laufen hielten. Doch für Demokratie und Freiheit einzutreten, ist immer eine lohnende Sache. Das der oben angesprochenen Generation beizubringen, ist auch Aufgabe namentlich der Geschichtslehrer, denen hiermit die Lektüre – zur Weitergabe an ihre Schüler – nachdrücklich empfohlen sei.

Hans-Jürgen Grasemann in:
Braunschweiger Zeitung vom 5. Juli 2003:

Das erbärmliche verblasst, aber die bitteren Witze bleiben

... Mit der Allgegenwart der Parteidiktatur, aber auch mit den Freiräumen in der Nischengesellschaft und den Alltagsproblemen der DDR-Bürger, befasst sich diese lebenswerte Publikation, die auf eine Tagung der Akademie für Politische Bildung Tutzing zurückgeht. Das innere Band, das die 12 fachwissenschaftlichen Analysen und persönlichen Erfahrungsberichte verbindet, ist die unbegrenzte Verfügungsgewalt über die Gesamtheit der Lebenschancen des Einzelnen.

„Als die DDR starb, wurde die DDR-Identität geboren.“ Diese überraschende These findet sich im Beitrag „Sehnsucht nach der Diktatur?“ des Historikers Stefan Wolle, der abschließend feststellt: „Der fremde Blick aus der Perspektive der DDR-Erfahrungen kann, dort wo er nicht durch Nostalgie verschleiert ist, durchaus aufschlussreich und produktiv sein.“...

... Weil die „Mechanismen des Entfliehens präziser Erinnerung“ wirken und „das erbärmliche verblasst“ (Akademie-Direktor Heinrich Oberreuter), ist auch der Sarkasmus der DDR-Bürger, der sich in Witzen über das unbefriedigende Angebot der sozialistischen Mangelwirtschaft niederschlug („Warum hängt über jedem DDR-Kaufhaus ein Hammer? – Damit man sich gleich alle überflüssigen Wünsche aus dem Kopf schlagen kann“), nicht mehr im Bewusstsein der Menschen.

Jahresbibliografien 2003

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter:

Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen. Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 2003. Hrsg. mit Günther Heydemann

Parteien und Wahlen in Deutschland. Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2003. Hrsg. mit Emil Hübner

Strategie und Profil – Zur Lage der Unionsparteien nach der Bundestagswahl. In: Politische Studien, Heft 387/2003, S. 44-54

Die Macht der Parteien. In: Heinrich Oberreuter / Emil Hübner (Hrsg.): Parteien und Wahlen in Deutschland. Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2003, S. 214-237

Politische Entscheidungen zwischen Vernunft und Irrationalität. In: Joachim Fischer / Hans Joas (Hrsg.): Kunst, Macht und Institution, Studien zur Philosophischen Anthropologie, soziologischen Theorie und Kultursoziologie der Moderne, Festschrift für Karl-Siegbert Rehberg. Campus Verlag, Frankfurt am Main / New York 2003, S. 292-303

Die Parteidemokratie vor neuen Herausforderungen. In: Karl Schmitt (Hrsg.): Herausforderungen der repräsentativen Demokratie. Nomos, Baden-Baden 2003, S. 89-100

Jahrmarkt der Eitelkeiten? – Das Politiker-Skalometer. In: Andreas M. Wüst (Hrsg.): Politbarometer. Festschrift für Dieter Roth. Leske+Budrich, Opladen 2003, S. 283-293

Stichwort „Parteien II. Parteiensoziologie, Parteien im Staat, Parteiensysteme“ (Sp. 950 – 952). In: H. D. Betz / D. S. Browning / B. Janowski / E. Jüngel (Hrsg.): Religion in Geschichte und Gegenwart.

Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft. 6. Bd., 4., völlig neu bearbeitete Auflage. Mohr Siebeck, Tübingen 2003⁴

Stichwörter „Bundestag“ (S. 91 – 103), „Land (Freistaat) Bayern“ (S. 287 – 295) und „Vertrauensfrage“ (S. 661 – 662).

In: Uwe Andersen / Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 5., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Leske+Budrich, Opladen 2003⁵

Jahresbibliografien 2003

Kollegium:

Prof. Dr. Peter Hampe

Economic Globalization: Historical Experiences and Driving Forces.
In: Journal of European Economy, Vol. 2/2003, Nr. 2, S. 199 – 208

Neue Ergebnisse zum NS-Aufschwung. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 2003/1,
Hrsg. und Einleitung (zus. mit Albrecht Ritschl)

Keine Deflationsgefahren!

Bericht über die Tagung des Vereins für Socialpolitik, in: Süddeutsche Zeitung vom 4.10.03

Politikberatung in der Krise.

Bericht über die Tagung des Vereins für Socialpolitik, in: Süddeutsche Zeitung vom 8.10.03

Dr. Michael Piazolo

Bürger für Europa, Festschrift zum 50-jährigen Bestehen der Europa-Union München,
(Hrsg.) 2003

50 Jahre Europa-Union München. Geschichte einer Bürgerbewegung.
(Hrsg. mit Konrad Zumschlinge), München 2003

Auf dem Weg in eine europäische Bürgergemeinschaft?, in: ders. (Hrsg.),
Bürger für Europa, München 2003, S.9 ff.

Das „Europa der Bürger“ als Leitbild der Europäischen Union, in: ders. (Hrsg.),
Bürger für Europa, München 2003, S.47 ff.

Dr. Manfred Schwarzmeier

Parteien und Wahlen in Deutschland. Bayerische Landeszentrale für politische
Bildungsarbeit, München 2003. Hrsg. Emil Hübner / Heinrich Oberreuter,
Redakt. mit Peter März

Kleine Schritte gegen rechte Tritte? Konzepte gegen Rechtsextremismus.
In: Petra-Kelly-Stiftung: www.petra-kelly-stiftung.de/sites/rblick.pl?29.txt_termin_79
(Stand 12/03)

Dr. Jürgen Weber

Deutsche Geschichte 1945-1990. Grundzüge, Bayerische Landeszentrale für politische
Bildungsarbeit, München, 2. Auflage, 2003, 366 Seiten

Stasi-Akten zwischen Politik und Zeitgeschichte. Eine Zwischenbilanz.
Hrsg. mit Siegfried Suckut, Olzog Verlag, München 2002, 338 Seiten

Einleitung (mit S. Suckut), in: Stasi-Akten, s.o., S. 11-14

Von der Teilung zur Einheit. Die Welt nach 1945, Buchners Kolleg-Themen Geschichte,
Buchners Verlag, Bamberg 2003, S. 7-185

Geschichte erleben - Band 4: Von der Industrialisierung bis zum Zweiten Weltkrieg.
Hrsg. Dieter Brückner und Hannelore Lachner, Buchners Verlag, Bamberg 2003,
S. 146-218

Sabine Näher in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 13. November 2003:

Rückschau auf die DDR-Vergangenheit

„Die merkwürdig perverse Variante eines Unrechtsstaates, der korrekt bleiben will“ – dieses Bild der DDR erwächst für den in Berlin lebenden Schriftsteller Lutz Rathenow aus der Beschäftigung mit den Stasi-Akten. Alleine über seine Person – geboren 1952 in Jena, dort Lehramtsstudium für Deutsch und Geschichte, erstmals unliebsam aufgefallen durch die Bildung eines Arbeitskreises Literatur, darauf Festnahme, später Zwangsmatrikulierung, Arbeit als Transportarbeiter, literarische und verdeckte politische Tätigkeit – haben die fleißigen Mitarbeiter des MfS 15000 Seiten zusammengetragen. Bei der Lektüre bestätigte sich für Rathenow jedoch, „wie wir sie an der Nase herumgeführt haben, und was sie trotzdem alles nicht wussten“.

Im Rahmen eines Fortbildungsseminars für Lehrer weilt Rathenow derzeit in der Akademie für Politische Bildung, Tutzing. Einen „Workshop kreatives Schreiben“ bietet er dort an, und um aufzuzeigen, wohin die Reise gehen kann, las er am Dienstagabend aus seinen Werken.

Vor der Wende wurde seine schriftstellerische Arbeit behindert, und er konnte fast nur im Westen veröffentlichten; mittlerweile hat er sich ein breites Beauftragungsfeld als Lyriker, Dramatiker, Kinderbuchautor, Essayist, Satiriker und Rundfunkautor erschlossen. Einen Einblick in sein Schaffen gewährte die einstündige Lesung, in der er sich als routinierter Rezitator präsentierte, der ohne großes Aufhebens mit ruhiger Sachlichkeit seine Texte vortrug. Etwa „Das Leben mit Handy“: „Ein permanentes Hörspiel läuft ab – manchmal würde ich zu gerne wissen, wie die Gespräche weitergehen und muss mich beherrschen, den Leuten nicht hinterher zu laufen“. Etliche Gedichte

aus dem Band „Die Fünfzig“ behandeln Privates (der gar nicht traurige Enkel an Opas Grab), Philosophisches (Sisyphos will eine Zelle, in die sein Stein nicht mit rein passt), oder Politisches (der 1. Mai bringt Maibäume in Bayern – und Wasserwerfer, Steine und Blut in Berlin).

Ein beherrschendes Thema, das immer wieder auftaucht: Die zunehmende Beschleunigung unseres Lebens – ein Phänomen, das gerade Ostdeutschen besonders aufzufallen scheint, deren Lebensrhythmus in dem abgeschotterten System DDR anderen Gesetzen gehorchte. Im wesentlichen hält sich

Rathenow weniger an spezifisch ostdeutsche Themen, sondern an solche, die gesamtdeutsch bewegen: Kann man die Kosten für Telefonsex steuerlich als Recherche absetzen, und muss man sich scheiden lassen, wenn man dabei am anderen Ende der Leitung auf die eigene Ehefrau stößt? Rückschau auf die DDR-Vergangenheit bringt dann das anschließende Gespräch: Umgang mit Stasi-Akten, Änderung der Arbeitsbedingungen. Eklatante Erkenntnis für Rathenow: „Die Papierberge haben sich seither vervierfacht: Gerade wollte ich 1989 mal mein Arbeitszimmer aufräumen, da kam die Wende ...“.

(siehe Seite 26)

Rainer Hajeck in der NÜRNBERGER ZEITUNG vom 17. Dezember 2003:

Reformen ja – aber bitte ohne uns

Die Politische Akademie Tutzing befasste sich mit der Unlust der Deutschen an sozialen Reformen – Besitzstanddenken dominiert

Alle Reden von Reformen, aber keiner will sie wirklich haben – das war, nicht eben unerwartet, das Resümee einer Expertentagung in der Politischen Akademie Tutzing. Die Deutschen haben sich zwar damit abgefunden, dass Sozialreformen unumgänglich sind; doch zugleich hoffen sie, selber von schmerzhaften Eingriffen ins Wohlbefinden verschont zu bleiben.

So haben etwa die Arbeitsplatzbesitzer nichts dagegen, wenn Arbeitslosen die Unterstützung gekürzt wird, und die Rentenbeitragszahler können sich durchaus mit der Kappung der Ruhegelder anfreunden: das Sankt-Florians-Prinzip lässt grüßen.

Zur Erörterung der vertrackten Situation waren neben anderen der Münchner Wirtschaftsethiker Karl Homann und der Bonner Sozialforscher Mein-

hard Miegel an den winterlichen Starnberger See gekommen.

„Reformen beginnen im Kopf“, hatte Homann sein Referat überschrieben. Der Münchner Professor ist zwar liberalen Ideen nicht abgeneigt; doch die These, dass nur eine ungehemmt wirtschaftende Unternehmerschaft den Sozialstaat sichern könne, diese These ist ihm denn doch zu simpel. Das könnte nicht funktionieren, so Homann, jedenfalls nicht auf Dauer, und diskriminierende obendrein die Empfänger sozialer Leistungen als Versager und Schmarotzer.

Der Professor mag auch von der linken Gegenthese nichts wissen, nach der es genüge, die Reichen ein wenig zu schröpfen, und schon gebe es keine Armut mehr im Lande. Das ist in seinen Augen nichts anderes als die Umkehrung der neoliberalen Sichtweise – und ebenso zweifelhaft. ...

Männliche Kassandra

... Meinhard Miegel dagegen sah keinen Anlass, seine düstere Lagebeschreibung durch das Aufzeigen tröstlicher Perspektiven aufzuhellen. Miegel ließ auf seine Zuhörer fast lustvoll einen Hagelschauer schockierender Zahlen und Fakten niederprasseln: Eine männliche Kassandra mit 1,90 Meter Scheitelhöhe, die jeden noch vorhandenen Zukunftsglauben mit Träumerei und Realitätsverlust gleichsetzte.

Hausbesitz? Nichts mehr wert, weil es kaum noch potente Käufer gebe. Schuldenabbau? Eine Illusion, weil der Staat zur Schuldentilgung neues Geld aufnehmen müsste. Bevölkerungsentwicklung? Die Vergreisung ist nicht mehr aufzuhalten, begleitet von einer galoppierenden Zunahme der Altersdebilität.

Seit 25 Jahren sei nichts geschehen, was zur Stabilisierung des Sozialstaates getaugt hätte, alle Warnzeichen seien negiert, alle Reparaturarbeiten auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben worden. Ob die Damen und Herren vor ihm denn wüssten, dass die Schuldenlast in der letzten Stunde um 13 Cent pro Kopf gestiegen sei – in summa mithin um 10,4 Millionen Euro? Dass die Beiträge zur Rentenversicherung so rasch ausgegeben würden, wie sie eingenommen werden, ihre Verweildauer in der Rentenkasse gerade mal sechs Tage betrage?

Den Zuhörern wurde von Miegel gleichsam stellvertretend für die Gesamtbevölkerung der Kopf gewaschen. Es sei unverantwortlich, in Zeiten eines Nullwachstums ständig mehr Lohn zu verlangen; ebenso töricht sei es, die Tatsache zu verdrängen, dass Deutschland längst Einwanderungsland geworden sei; nicht zu reden von dem Irrglauben, man könne sich die Mühen der Kinderaufzucht sparen und trotzdem einem entspannten Rentnerdasein entgegen sehen. ...

(Ein ausführlicher Tagungsbericht folgt im nächsten Heft.)

DIE TAGESPOST vom 16. Dezember 2003:

Bushs Hauptvorteil: Er ist der amtierende Präsident

Im neuen Jahr stehen in Amerika Präsidentschaftswahlen an. Wird die Außen- und Sicherheitspolitik die Wähler stärker beeinflussen als sonst? Regina Einig fragte Professor Edwina Campbell, die an der US Airforce University in Montgomery Sicherheitsstrategie lehrt, am Rande einer Tagung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

Immer wieder hört man, die amerikanische Sicherheitspolitik kranke an der Idee, Bedrohungen von außen rational steuern zu können. Wie sehen Sie dieses Problem?

Ich habe nicht den Eindruck, dass die amerikanische Außenpolitik die neuen Fakten nicht richtig einschätzt. Das Problem liegt eher umgekehrt: Teilweise kalkulieren die europäischen Sicherheitsperspektiven die veränderten Faktoren in der Welt nicht richtig ein.

Welche Faktoren meinen Sie?

Sie werden im Solana-Papier genannt, tauchen aber auch in der amerikanischen Sicherheitsstrategie auf: Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, so genannte Schurkenstaaten, – aber auf jeden Fall Schwierigkeiten mit Staaten, die nicht in der Lage sind, ihre eigenen Grenzen zu kontrollieren.

Wenn Sie die Administration Bush vergleichen mit dem Wechsel von Clinton zu Bush: Ist die Machtfülle des Präsidenten seit dem 11. September gewachsen?

Das würde ich nicht sagen. Der 11. September bot in der Frage der Machtausübung für ihn Chancen und Gefahren. In einem gewissen Sinne ist er vielleicht gestärkt worden, weil er nach Auffassung der meisten Amerikaner die richtige Entscheidung getroffen hat. Aber das gleiche hätte auch für einen Präsident Gore gegolten.

Wie wird sich der Verlauf des Irak-Krieges jetzt auf die Wahlen in Amerika auswirken? Werden die Amerikaner trotz der unerwarteten Schwierigkeiten Bush nochmals eine Chance geben?

Ich würde weder von unerwarteten Schwierigkeiten sprechen noch von Dingen, die man nicht irgendwie bewältigen kann. Natürlich wäre es schön gewesen, wenn nach dem militärischen Sieg im Frühjahr alles sehr glimpflich abgelaufen wäre, aber im Grunde genommen sind die Amerikaner bereit, das durchzustehen. Die Leute sind zwar enttäuscht und erschrocken über den Tod junger Soldaten. Aber man reagiert darauf. Dass es länger und härter wird im Irak, als man sich wünschte, heißt nicht, dass der Präsident die Wahl im nächsten Jahr verlieren wird.

Sie meinen, aus dem Faktor Irak können die Demokraten kein Kapital schlagen, sondern, wenn überhaupt, aus anderen Faktoren?

Bushs Hauptvorteil ist, dass er der amtierende Präsident ist. Seine Popularität ist in den meisten Bundesstaaten nach wie vor sehr hoch. Es müsste schon einen Faktor geben, wie beispielsweise den Faktor Ross Perot, der 1992, als Clinton gewann, eine große Rolle gespielt hat bei der Stimmenverteilung. Wenn es keinen dritten Kandidaten gibt oder etwas Außergewöhnliches geschieht, kann man normalerweise davon ausgehen, dass der amtierende Präsident – wie 1984 und 1996 – nochmals gewählt wird. ...

(siehe Bericht S. 3-7)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

März

10-1 1. – 3. März

The American Elections 2004

Politische Landeskunde für Englischlehrkräfte an Gymnasien

In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München,

dem American Consulate General Munich und der Bayerischen Amerika-Akademie München

Leitung: Stefan Fuchs / Klaus Grosch / Hans-Jörg Prebeck / Karin M. Rosnizeck

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

10-2 1. – 2. März

Gesundheitswesen am Tropf – Fakten und Reformansätze

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

10-3 5. – 6. März

Patient Deutschland

Möglichkeiten einer Re-Vitalisierung der deutschen Wirtschaft

Leitung: Peter Hampe

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

10-4 3. – 4. März

„Illegal“ in Deutschland

Kommunen vor einem verdrängten Problem

Leitung: Klaus Grosch / Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rau\ Tel. 08158/256-53

11-2 12. – 14. März

Ritual, the Arts and Education – Intercultural Perspectives

In cooperation with the Atlantik-Brücke e.V., Berlin

Leitung: Klaus Grosch / Fletcher DuBois

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

12-1 14. – 16. März

Quotenbringer Politik: Ende der Funkstille!

Workshop für Lokalradiojournalisten

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

und dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder / Berthold Flöper / Inge Seibel-Müller

Sekretariat: Ina Rau\ Tel. 08158/256-53

12-2 19. – 20. März

Grenzsuche – Medienfreiheit im Spannungsdreieck Datenschutz, Zensur, Manipulation

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

13-1* 22. – 26. März

Epochenwechsel – Deutschland in den 80er und 90er Jahren

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rau Tel. 08158/256-53

13-2* 22. – 26. März

Geschlechterrollen zwischen Tradition und Wandel

Lehrerfortbildung für die Hauptschule mit der Akademie Dillingen

Leitung: Peter Hampe / Siglinde Schweizer

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

13-3 26. – 27. März

Die Demokratie – Funktion und Gefährdungen

Symposium zum Gedenken an Manfred Hättich

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

April

14-1* 1. – 3. April

Die neue Sozialpolitik der Agenda 2010 – Folgen für die kommunale Sozialplanung

Tagung mit dem Verein für Sozialplanung

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

17-1* 19. – 21. April

Neue Wege des Sozialkundeunterrichts

Seminarlehrer/innen am Gymnasium – Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rau Tel. 08158/256-53

17-2* 19. – 21. April

Neue Wege des Sozialkundeunterrichts

Seminarlehrer/innen an Realschulen – Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rau Tel. 08158/256-53

17-3* 19. – 21. April

Grundfragen der Staatsbürgerlichen Bildung

Seminarlehrer/innen am Gymnasium – Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Claudia Reichmann

Sekretariat: Ina Rau Tel. 08158/256-53

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

17-4 23. – 25. April

Umzingelt von der „Meute“? Politikgestaltung in der Mediokratie

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen

Leitung: Heinrich Oberreuter / Michael Schröder / Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

17-5 21. April

Akademiegespräch im Bayerischen Landtag

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

18-1 27. – 29. April

Die Zerstörung des Menschen – Psychiatrie im Dienste totalitärer Herrschaft

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

Mai

19-1 3. – 5. Mai

Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft?

In Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk der ver.di in Bayern e.V.

Leitung: Miriam Wolf / Stefanie Hartl

Sekretariat: Karin Sittkus / Mireen Hilbert Tel. 08158/256-59

19-2 3. – 5. Mai

Bilder vom Anderen – Die Rolle der Medien bei Integration und Migration

In Zusammenarbeit mit dem JFF - Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis und dem Auswärtigen Amt

Leitung: Michael Schröder / Helga Theunert / Renko Thiemann

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

19-3* 6. – 9. Mai

Zivilgesellschaft – Chancen und Grenzen eines sozialwissenschaftlich-philosophischen Konzepts

Tagung mit der Studienstiftung des deutschen Volkes

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauv Tel. 08158/256-53

20-1* 10. – 14. Mai

Europa und der Islam

Lehrerfortbildung für die Hauptschule mit der Akademie Dillingen

Leitung: Peter Hampe / Eva Post

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

20-2* 10. – 12. Mai

Gewalt und Tod – ein Trauma für die Polizei

Risiken für die innere Sicherheit?

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Polizeigewerkschaft Landesverband Bayern e.V.

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Heike Bäuerle / Mireen Hilbert Tel. 08158/256-59

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

20-3 12. – 14. Mai

Werte in der Familie – Familie als Wert

Leitung: Michael Piazolo

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

20-4 14. – 15. Mai

Die Europäische Union – Demokratie ohne Volk?

Leitung: Michael Piazolo

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

21-1* 17. – 19. Mai

Grundfragen der politischen Bildung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Siegfried Münchenbach / Alexander Ohgke / Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauv Tel. 08158/256-53

22-1 24. – 25. Mai

Zeitungszukunft – Zukunftszeitung

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing

Leitung: Michael Schröder / Axel Schwanebeck

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Juni

23-1 4. – 6. Juni

Die neue Unübersichtlichkeit. Zur Multipolarität der internationalen Ordnung

Leitung: Saskia Hieber / Michael Piazolo

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

25-1* 14. – 18. Juni

Sand im politischen Prozess? Reformnotwendigkeiten in der parlamentarischen Demokratie

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Siegfried Münchenbach / Manfred Schwarzmeyer

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

25-2 14. – 16. Juni

Europa nach der EU-Erweiterung

Kooperationstagung mit der Evangelischen Akademie Tutzing, der Vertretung der Europäischen

Kommission in München und der Südosteuropa-Gesellschaft

Tagungsort: Evangelische Akademie Tutzing

Leitung: Peter Hampe / Martin Held / Johanna Deimel

Sekretariat: Ina Rauv Tel. 08158/256-53

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Heike Bäuerle
Renate Heinz
Sybille Haug
Mireen Hilbert
Ina Rauv
Karin Sittkus

H.Baeuerle@apb-tutzing.de
R.Heinz@apb-tutzing.de
Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Azubi@apb-tutzing.de
I.Raus@apb-tutzing.de
K.Sittkus@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

25-3 18. – 20. Juni

Sachverständ im Konflikt:

Entstaatlichung – Motor für die Gleichstellung an Hochschulen?

In Zusammenarbeit mit der Landeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an bayerischen Hochschulen

Leitung: Miriam Wolf / Anne Hueglin / Ulla Mitzdorf

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

25-4 20. Juni

Gott und die Welt

Passauer Tetralog, Europäische Wochen Passau

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

26-1* 21. – 23. Juni

Der politische Film in Deutschland

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Jutta Gruber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

26-2* 24. – 25. Juni

Regierungskommunikation

Instrumente und Probleme informaler politischer Steuerung

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft

Leitung: Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Mireen Hilbert Tel. 08158/256-59

26-3 25. – 26. Juni

Eliten in Deutschland – Problem oder Problemlöser?

Leitung: Michael Piazolo / Jürgen Weber

Sekretariat: Ina Rauv Tel. 08158/256-53

27-3* 28. – 30. Juni

Erfolg in Schule und Beruf? – Die pädagogischen Ressourcen von Migrantensfamilien

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauv Tel. 08158/256-53

27-4* 30. Juni – 2. Juli

Selbsthilfe als 4. Säule des Gesundheitswesens?

Der gesellschaftspolitische Wert der Selbsthilfe in Bayern

In Kooperation mit der Selbsthilfe koordination Bayern

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Akademie für Politische Bildung
Postfach 220, 82323 Tutzing
Pressesendung DPAG
„Entgelt bezahlt“, B 42656

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter wurde in Tutzing erneut in den erweiterten Landesvorstand der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, Landesverband Bayern, gewählt.

Im Rahmen der Tagung „Föderalismusreform: Ziele und Wege“ im Kieler Landtag referierte er zum Thema „Rückverlagerung von Gesetzgebungskompetenzen und Bundesratsreform“, in München sprach er über: „Bayern nach der Landtagswahl – Erwartungen und Konsequenzen für die Landes- und Bundespolitik“ und über: „Investieren, reformieren, sparen – Bildungspolitik im Bermudadreieck?“.

In Berlin moderierte er das Forum „Austritt, Ausschluß, Rechte: Der fraktionslose Abgeordnete“ der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen.

Anlässlich des Jubiläums der Europa-Union München diskutierte er über die „Zukunft der Bürger in der EU“ und bei der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft über den Umbau des Wohlfahrtsstaates.

In Bamberg leitete er die gemeinsame Veranstaltung der Sektion Rechts- und Staatswissenschaften sowie Politik- und Kommunikationswissenschaft der Görres-Gesellschaft „Europa in guter Verfassung?“.

KOLLEGIUM

Saskia Hieber übernimmt am 1. März als Assistentin das Arbeitsfeld „Internationale Politik“. (Siehe Interview Seite 30).

PD Dr. Michael Piazolo moderierte im Münchner Presseclub anlässlich eines Besuches von sieben Staatssekretären aus den zukünftigen Mitgliedstaaten der EU eine Diskussionsveranstaltung zur „Erweiterung der EU“. Aus Anlaß des 50-jährigen Jubiläums der Europa-Union München leitete er eine Podiumsveranstaltung zum Thema „Die Zukunft der Bürger in einem vereinten Europa“, die im Alten Rathaus in München stattfand. Vorträge hielt er in Grainau über den EU-Verfassungsgebungsprozess und an der Ludwig-Maximilians-Universität in München über die in Nizza proklamierte Grundrechtecharta.

Dr. Michael Schröder leitete in Meißen einen mehrtägigen Workshop (Interview- und Medientraining) für Pressereferenten.

BIBLIOTHEK

Steffen H. Elsner, neuer Dokumentar der Akademie, ist in den Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Informationswissenschaft und Informationspraxis e.V. (DGI) gewählt worden. Die DGI hat derzeit rund 1.750 Mitglieder aus der gesamten Informationsbranche. (Siehe Interview Seite 31).

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarumnummern angeben)

..... Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing